



FINANZBERICHT **2017**  
JAHRESABSCHLUSS NACH HGB





**Landesbank Saar (SaarLB)**

Landesbank Saar  
Ursulinenstraße 2  
66111 Saarbrücken  
HRA 8589 Saarbrücken

# Inhalt

<b>LAGEBERICHT DER SAARLB FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017</b> .....	<b>7</b>
<b>Übersicht</b> .....	<b>7</b>
Die SaarLB.....	7
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	10
Finanzsektor .....	11
<b>Geschäftsverlauf</b> .....	<b>12</b>
Neugeschäft .....	12
<b>Wechsel des Kernbankensystems bei der LBS</b> .....	<b>13</b>
Ertragslage.....	13
Finanzlage .....	17
Vermögenslage.....	22
<b>Risikobericht</b> .....	<b>23</b>
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung.....	23
Kapitalmanagement .....	24
Adressenrisiko (Kreditrisiko).....	28
Marktpreisrisiko .....	36
Liquiditätsrisiko .....	38
Operationelles Risiko .....	41
Reputationsrisiko .....	43
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko .....	44
Zusammenfassung der Risikolage .....	44
<b>Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem</b> .....	<b>45</b>
<b>Prognose- und Chancenbericht</b> .....	<b>47</b>
Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	47
Prognose zur Ertragslage der Bank .....	49
Prognose zur Entwicklung der Geschäftssegmente.....	50
Erwartete Kapital- und Risikopositionen.....	51
Prognose und Chancen aus regulatorischen Verfahren .....	51
Gesamtaussage zum Jahresabschluss .....	53
<b>JAHRESABSCHLUSS DER SAARLB</b> .....	<b>54</b>
<b>Bilanz zum 31.12.2017 der Landesbank Saar</b> .....	<b>54</b>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar</b> <b>für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017</b> .....	<b>60</b>
<b>Eigenkapitalspiegel</b> .....	<b>63</b>
<b>Kapitalflussrechnung</b> .....	<b>64</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>67</b>
<b>Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</b> .....	<b>67</b>
(1) Grundlagen .....	67
(2) Währungsumrechnung.....	67
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	67

<b>Angaben zur Bilanz .....</b>	<b>70</b>
(4) Allgemeines .....	70
(5) Aktiva .....	71
(6) Passiva .....	75
(7) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten.....	77
(8) Latente Steuern .....	78
<b>Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....</b>	<b>78</b>
<b>Sonstige Angaben .....</b>	<b>79</b>
(9) Gewinnverwendung.....	79
(10) Nachtragsbericht.....	79
(11) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind .....	79
(12) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten .....	80
(13) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften .....	81
(14) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen.....	83
(15) Zahl der Beschäftigten.....	83
(16) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates .....	84
(17) Honorar für den Abschlussprüfer .....	84
(18) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen.....	85
(19) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte .....	85
(20) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft .....	85
(21) Anteilsbesitz.....	92
(22) Verwaltungsorgane der SaarLB.....	93
(23) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen .....	95
(24) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien .....	96
<b>Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....</b>	<b>97</b>
<b>Anlage zum Jahresabschluss .....</b>	<b>98</b>
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS .....</b>	<b>99</b>
<b>BERICHT DES VERWALTUNGSRATES .....</b>	<b>106</b>
<b>GEWINNVERWENDUNGSBESCHLUSS .....</b>	<b>108</b>
<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>109</b>



# Lagebericht der SaarLB für das Geschäftsjahr 2017

## ÜBERSICHT

### DIE SAARLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Die Geschäftsfelder der SaarLB umfassen im Wesentlichen die Schwerpunkte Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Projektfinanzierungen, insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien, Betreuung von institutionellen Kunden, der öffentlichen Hand/Kommunen, von Privatkunden sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bauspargeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe und räumt der Verbundarbeit insbesondere mit den saarländischen Sparkassen bei gleichzeitiger Konzentration auf die Kernkompetenzen hohe Priorität ein. Die SaarLB ist Zentralbank der Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zielmärkte sind das Saarland, die angrenzenden Regionen in Südwestdeutschland sowie Frankreich und Luxemburg. Für einzelne Geschäftsaktivitäten können Abweichungen bzw. Ergänzungen bezüglich des definierten Zielmarktes gelten.

Die SaarLB verfügt auf der Grundlage ihres Geschäftsmodells als deutsch-französische Regionalbank über segmentspezifische Zielkundengruppen. Die Kriterien für Zielkunden und Zielgeschäft werden in Teilstrategien auf Ebene der Geschäftsaktivitäten definiert.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite. Insbesondere vor dem Hintergrund der restriktiven Vorgaben hinsichtlich Kernkapitalquote und Liquiditätssteuerung werden über Syndizierungen bereichsübergreifende Risiken aus Bestands- und/oder Neugeschäft auf Basis kurz- und mittelfristiger Planziele an geeignete Kooperationspartner (Kreditinstitute/Sparkassen, Institutionelle Kunden etc.) ausplatziert.

Die Produkte und Dienstleistungen der SaarLB entsprechen im Wesentlichen der eines universell tätigen Kreditinstituts. Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hoch spezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist gemessen an der Bilanzsumme das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt und fördert u. a. die regionale Wissenschaft und Forschung sowie kulturelle Angebote. Dies kommt auch durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarlandmuseum zum Ausdruck.

Zur Intensivierung bestehender und Eingehung neuer Kundenbeziehungen im Raum Rhein-Main-Neckar, insbesondere mit Blick auf das mittelständische Firmenkundengeschäft, hat die Bank im zweiten Halbjahr 2017 ein Vertriebsbüro in Mannheim eröffnet. Für das französische Geschäft unterhält die Bank eine Zweigniederlassung, die unter dem Namen SaarLB France firmiert, in Straßburg sowie ein Vertriebsbüro in Paris.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde vom Vorstand das Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020 mit externer Begleitung beschlossen und initiiert. Dieses Projekt hat die langfristige Sicherstellung der Ertragskraft der Bank im Fokus. Die Bedienung der Dividendenerwartung sowie eine auch unter steigenden aufsichtsrechtlichen Auflagen ausreichende Gewinnthesaurierung zur Stabilisierung der Kapitalstruktur sind die wesentlichen Rahmenbedingungen des Projektes.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in die nachfolgenden sieben Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2016 ergab sich bei der Segmentabgrenzung eine Änderung. Infolge einer strukturellen Aufgabenverteilung wurde das Segment Treasury & Portfoliomanagement in Treasury & Syndizierung umbenannt.

### **Firmenkunden**

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf die Region Grand Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Straßburg vertreten ist.

Im Segment Firmenkunden werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Ein wichtiges Geschäftsfeld in Frankreich ist darüber hinaus die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen).

### **Immobilien**

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung, die in Frankreich im Wesentlichen aus dem der SaarLB France angegliederten Centre d'Affaires Paris erfolgt, stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Dienstleister auch Developer-Maßnahmen sowie Public Private Partnership (PPP)-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main und in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France.

### **Projektfinanzierungen**

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich PPP auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei werden Kunden auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie auf der französischen Seite landesweit betreut. Offshorewindparks finanziert die Bank nicht.



### **Private und Institutionelle**

In dem Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Teilsegmentes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung zusammen mit der Verbundbank. Im Geschäftsfeld Vermögende Private steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilenkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

### **Kommunalbank**

Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im deutschen Zielmarkt der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen durch die SaarLB ist, dass diese eine öffentliche Trägerschaft von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

### **Verbundbank**

Im Segment Verbundbank enthalten sind die saarländischen und rheinland-pfälzischen Sparkassen sowie die Landesbausparkasse Saar (LBS). Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und fungiert als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen als primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse.

Die LBS, eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Gesetzes für den Ausbau Erneuerbarer Energien wie beispielsweise Photovoltaikanlagen.

### **Treasury & Syndizierung**

Neben der Zuständigkeit für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank erfolgt in dem Segment das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung. Weiter ist Treasury & Syndizierung zuständig für die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds). Darüber hinaus sind in dem Segment seit 2017 auch das aktive RWA-Management und Syndizierungsaktivitäten gebündelt.

### **Steuerungssystem der Bank**

Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgt – in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene – durch die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

Steuerungsgröße	Definition
Return on Equity (RoE)	Ergebnis vor Steuern (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals und vor Zuführung zu bzw. Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340f und § 340g HGB) im Verhältnis zum regulatorisch abgeleiteten Eigenkapital (Kernkapital)
Cost Income Ratio (CIR)	Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der Bruttoerträge. Die Bruttoerträge sind definiert als die Summe aus dem Zinsüberschuss (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals), dem Provisionsüberschuss, dem Nettoergebnis des Handelsbestandes zzgl. des sonstigen betrieblichen Ergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis.
RWA-Rentabilität	Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss, sonstigem betrieblichen Ergebnis und dem außerordentlichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.

### Offenlegung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts gemäß § 289b Abs. 3 HGB

Die SaarLB erstellt zum 31. Dezember 2017 einen gesonderten Bericht gem. § 289b Abs. 3 HGB. Der Bericht wird auf der Homepage der SaarLB veröffentlicht und kann unter <https://www.saarlb.de/index.php?id=1206> abgerufen werden.

## WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

### Deutschland

In **Deutschland** legte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2017 preis-, saison-, und kalenderbereinigt um 0,8% gegenüber dem Vorquartal zu. Somit konnte das BIP wie bereits im ersten (BIP-Wachstum 0,9%) und zweiten Quartal (0,6%) wiederum deutlich steigen. Getragen wurde das Wachstum überwiegend von positiven Impulsen vom Handel mit dem Ausland (Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen um +1,7% gegenüber dem Vorquartal). Die Importe wuchsen weniger stark, sodass der Außenbeitrag einen rechnerisch positiven Effekt auf das Wachstum hatte. Die Konsumausgaben blieben sowohl im privaten wie auch im staatlichen Bereich in etwa auf dem Niveau des Vorquartals. Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit 44,5 Millionen um 1,5% über dem Vorjahr. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung konnte im dritten Quartal in fast allen Wirtschaftsbereichen gesteigert werden. Der stärkste Anstieg konnte mit +3,6% im Bereich Information und Kommunikation erzielt werden, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (+3,4%).

Im vierten Quartal 2017 wuchs das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,6% gegenüber dem Vorquartal. Positive Wachstumsimpulse kamen im Vorquartalsvergleich aus dem Ausland. Die privaten Konsumausgaben lagen auf dem Niveau des Vorquartals; die staatlichen Konsumausgaben konnten gesteigert werden.

Insgesamt betrachtet befand sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2017 in einem kräftigen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt ist preisbereinigt um 2,2% gewachsen und ist damit etwas stärker gestiegen, als wir es noch zum Halbjahr erwartet hatten. Wachstumstreiber war in den vergangenen Jahren vor allem der Konsum. Im Jahr 2017 hat sich das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld zusätzlich positiv ausgewirkt, was zu verstärkten außenwirtschaftlichen Impulsen führte. Da die höhere Binnennachfrage in einem Anstieg der Importe resultierte, gingen vom Außenhandel rein rechnerisch allerdings nur geringe Wachstumsimpulse aus.

Auch im Saarland hat sich die Wirtschaft im Jahr 2017 positiv entwickelt, die Konjunktur wurde aber durch Sondereinflüsse gebremst. Dies betraf insbesondere die Automobilindustrie, die aufgrund von produktionstechnischen Umstellungen im Fahrzeugbau Produktions- und Umsatzeinbußen hinnehmen musste. Eine positive Entwicklung hingegen konnten sowohl der

Maschinenbau als auch die Stahlindustrie verzeichnen. Die Verbraucherpreise im Saarland sind zwischen Januar und November 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7% gestiegen, was insbesondere der Preisentwicklung für Mineralölprodukte geschuldet war. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zeigte eine erfreuliche Entwicklung und lag Ende September 2017 mehr als ein Drittel unter dem Vorjahreswert.

Der Bruttozuwachs der Windenergie an Land, ein Finanzierungsschwerpunkt der SaarLB, war im Gesamtjahr 2017 mit 5.333 Megawatt erwartungsgemäß hoch. Der Zubau entspricht einem Zuwachs von 15% im Vorjahresvergleich.

### **Frankreich**

Das französische Statistikinstitut Insee hat Ende Januar 2018 die vorläufigen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich im vierten Quartal 2017 veröffentlicht. Demnach konnte in den letzten drei Monaten des Jahres 2017 das Bruttoinlandsprodukt um 0,6% zulegen, was eine Steigerung gegenüber dem dritten Quartal bedeutet (0,5%). Für das Gesamtjahr 2017 lag das Wachstum bei 1,9% (2016 zum Vergleich: 1,1%). Das Wachstum des vierten Quartals wurde getragen von der Binnennachfrage (0,5% gegenüber 0,6% im dritten Quartal). Auch der Aufbau von Lagerbeständen hat zu der guten Entwicklung beigetragen (1,1% nach 0,9% im Vorquartal). Der Außenhandel konnte im vierten Quartal ebenfalls leicht zum Wachstum beitragen, während er im dritten Quartal die wirtschaftliche Entwicklung noch gebremst hatte.

Der französische Immobilienmarkt stellt sich im Jahr 2017 in den für die SaarLB wichtigen Teilsegmenten wie folgt dar: Der Büromarkt hat sich insbesondere im Großraum Paris (Île-de-France) weiter positiv entwickelt. Das Neuvermietungsvolumen ist dank eines historisch starken vierten Quartals im Jahresvergleich um weitere 8% angestiegen. Die Leerstandsquote befand sich mit rund 6,4% auf dem niedrigsten Stand seit 2009. Das Investitionsvolumen hat zwar gegenüber 2016 um rund 8% nachgegeben, lag aber auch 2017 noch 35% über dem langjährigen Durchschnitt. Der Markt für Logistikimmobilien ist auch 2017 weiter attraktiv und in guter Verfassung. Das Rekordneuvermietungsvolumen von 2016 konnte 2017 nicht wieder erreicht werden. Allerdings war 2017 dank einiger größerer Transaktionen im Zehnjahresvergleich immer noch das drittbeste Jahr im Hinblick auf das Neuvermietungsvolumen.

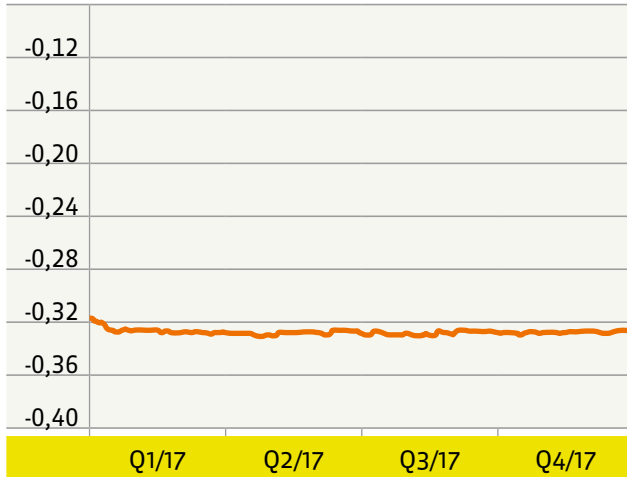
Laut der Studie Panorama für Strom, die u. a. der französische Verband für Erneuerbare Energien (Syndicat des Énergies Renouvelables) herausgegeben hat, deckten die Erneuerbaren Energien im dritten Quartal 2017 rund 18% des französischen Stromverbrauchs ab. Die Gesamtleistung aller Windenergieanlagen betrug per 30.09.2017 danach 12.820 MW, die Gesamtleistung der angeschlossenen Photovoltaikanlagen 7.239 MW.

### **FINANZSEKTOR**

Die Europäische Zentralbank hat ihre Leitzinsen 2017 unverändert gelassen; für die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken auf der Einlagefazilität und für Überschussreserven gilt weiterhin eine Negativverzinsung von -0,4%.

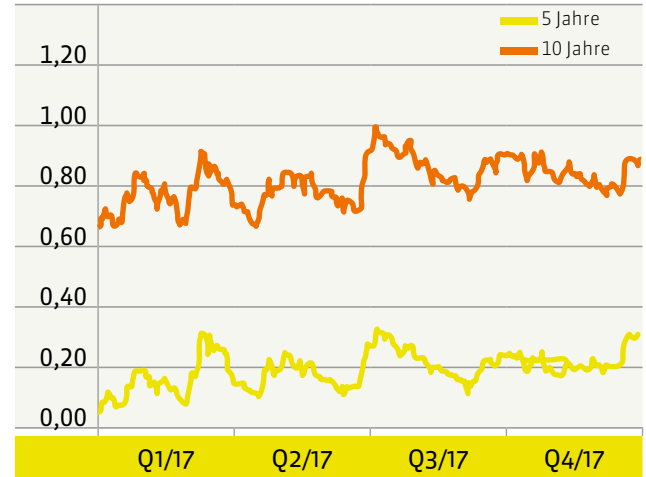
Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor hat sich im Berichtsjahr 2017 seitwärts entwickelt. Der Schlusskurs lag bei -0,329% und unterschritt damit wiederum das bereits niedrige Niveau aus dem Jahr 2016. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt ein leicht abweichendes Bild, bei dem sich diese im Jahresverlauf leicht erholen konnten (5-Jahres-Zins +0,252%-Punkte auf 0,313%; 10-Jahres-Zins +0,23%-Punkte auf 0,895%). Nichtsdestotrotz verblieben die Zinsen weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.

**3-Monats-Euribor Q1/17 – Q4/17 in %**



Quelle: Deutsche Bundesbank

**Swap-Sätze Q1/17 – Q4/17 in %**



Quelle: Bloomberg

Der Bondmarkt war weiterhin geprägt durch Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP). Diese wurden in einem Umfang von monatlich EUR 80 Mrd. bis Ende März 2017 fortgesetzt. Danach wurde der Umfang auf monatlich EUR 60 Mrd. abgesenkt. Die konsolidierte Bilanzsumme des Eurosystems weitete sich dadurch zum Ende 2017 auf rund EUR 4,5 Billionen aus. Die EZB hat auf ihrer Zinssitzung Ende Oktober 2017 angekündigt, ihre Anleihekäufe ab Januar 2018 auf EUR 30 Mrd. pro Monat reduzieren zu wollen. Die Anleihekäufe in reduzierter Form sollen vorerst bis Ende September 2018 stattfinden. Damit hat die Notenbank – anders als vor der Sitzung gedacht – ein sehr vorsichtiges Signal gesendet.

An den Devisenmärkten steigerte der Euro im Jahresverlauf seinen Außenwert. Er konnte gegenüber allen wichtigen Währungen aufwerten. Zum Jahresende erreichte der Wechselkurs zum Dollar die Marke von 1,20 USD/EUR, was einem Gewinn von mehr als 14 % entspricht und nur wenig unter dem Jahreshoch von 1,21 USD/EUR liegt.

Die Entwicklung am deutschen Aktienmarkt war auch im Jahr 2017 positiv. Insgesamt betrachtet ist der DAX um 12,5 % gestiegen und schloss bei 12.917 Zählern. Das Jahreshoch konnte im November bei 13.526 Zählern erreicht werden.

Auch im Jahr 2017 musste sich der Finanzsektor den Herausforderungen stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultierten. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei die regulatorischen Anforderungen.

## **GESCHÄFTSVERLAUF**

### **NEUGESCHÄFT**

Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt von einer insgesamt erfreulich guten Neugeschäftsentwicklung, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte.

Mit einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von rd. EUR 1.761 Mio. übertrafen die Kundensegmente im Jahr 2017 die Planvorgaben um rd. EUR 166 Mio., konnten jedoch das Vorjahresniveau in Höhe

von rd. EUR 1.968 Mio. nicht ganz erreichen. Dabei blieb das Frankreichgeschäft – insbesondere im Segment Projekte – hinter den Erwartungen zurück. Das Geschäft in Deutschland konnte sich dagegen erfreulicher entwickeln.

Strukturell hat sich das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr verbessert: Die Neugeschäftsquote lag bei 93 % (Vorjahr: 87 %), der Anteil der Prolongationen bei 7 % (Vorjahr: 13 %).

Das Neugeschäft verteilte sich dabei mit rund 65 % auf Deutschland (Vorjahr: 54 %) und mit rund 35 % auf Frankreich (Vorjahr: 46 %).

Stärkster Neugeschäftstreiber im deutschen Geschäft war das Segment Kommunalbank, das rund 36 % des deutschen Neugeschäfts ausmachte. Ebenso profitierte das Deutschlandgeschäft von einem sehr starken Immobiliengeschäft, mit rund 33 %, gefolgt vom Firmenkundengeschäft mit rund 24 % und von Finanzierungen des Segments Projekte mit rund 7 %.

Das Frankreichgeschäft wurde mit 45 % durch das Segment Projekte bestimmt, 27 % entfielen auf französische Kommunal- und kommunalnahe Finanzierungen, 16 % auf Firmenkunden, die verbleibenden 12 % auf das Immobiliengeschäft, das der Strategie folgend deutlich reduziert wurde.

Die für das Neugeschäft inklusive der Prolongationen gesetzten Margenziele konnten erreicht werden, wobei das deutsche Geschäft, bedingt durch den hohen Anteil an Kommunalfinanzierungen, entsprechend niedrigere Nettomargen aufwies.

Während sich beim Passiv-Geschäft in den Sichteinlagen eine Planübererfüllung im Volumen ergab, hat sich das Geldgeschäft zurückhaltender entwickelt als geplant.

Die erzielten Margen lagen aufgrund des nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveaus mit zum Teil negativen kurzfristigen Zinsen moderat unter unseren Erwartungen.

## **WECHSEL DES KERNBANKENSYSTEMS BEI DER LBS**

Die Gruppe der LBS-Bausparkassen (ohne LBS Bayern) hat seit 2014 zusammen mit der Finanz Informatik GmbH & Co. KG ein neues Kernbankensystem entwickelt. Ziel war die verbesserte technische Integration in die IT-Welt des Hauptvertriebspartners Sparkassen. Im September 2017 hat die LBS von dem bisher verwendeten System LBS Online auf OSPlus-LBS migriert und hat damit den Wechsel zum IT-Dienstleister Finanz Informatik vollzogen. OSPlus-LBS wird u. a. für die Bearbeitung und Verwaltung von Bausparverträgen und Baudarlehen, die Nebenbuchhaltung, die Sicherheitenverwaltung und den Zahlungsverkehr genutzt. Die weiteren eingesetzten Sub- und Randsysteme (wie z. B. SAP FI) wurden an das neue Kernbankensystem angebunden.

### **ERTRAGSLAGE**

Das Ergebnis vor Steuern liegt mit EUR 50,5 Mio. um EUR 36,6 Mio. deutlich über dem Ergebnis des Vergleichszeitraumes 2016 (EUR 13,9 Mio.). Die positive Entwicklung im Zins- und Provisionsergebnis sowie die deutliche Verbesserung des Bewertungsergebnisses leisteten dazu einen Beitrag. Dementgegen stehen planmäßige Belastungen im Sachaufwand die, unserer letztjährigen Prognose folgend, durch die Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen und durch das Strategie- und Strukturprojekt „SaarLB2020“ getrieben sind.

Das Ergebnis nach Steuern wird in 2017 durch einen einmaligen Effekt im Steuerergebnis deutlich belastet, erfüllt aber dennoch die letztjährige Prognose.

Der Return on Equity vor Steuern beträgt 9,82 % zum 31.12.2017 und liegt aufgrund des sehr guten Vorsteuerergebnisses deutlich über Vorjahresniveau (5,81 %) sowie über unserer Prognose für das Geschäftsjahr 2017.

Die Cost Income Ratio ist mit 62,46 % erwartungsgemäß etwa auf dem Niveau des Vorjahres (62,67 %). Die RWA-Rentabilität ist mit 2,12 % gegenüber dem Vorjahr (2,03 %) leicht gestiegen und entspricht damit ebenfalls der Prognose für 2017.

Das Ergebnis zum 31.12.2017 setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR		2017	2016	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	112,4	109,7	2,7	2,5 %
Provisionsüberschuss	[2]	13,6	10,8	2,8	25,9 %
Ergebnis des Handelsbestandes	[3]	0,5	0,5	0,0	0,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[4]	-0,1	1,2	-1,3	>100 %
Verwaltungsaufwand	[5]	-88,7	-87,3	-1,4	1,6 %
Bewertungsergebnis	[6]	13,1	-20,7	33,8	>100 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[7]	50,8	14,2	36,6	>100 %
Außerordentliches Ergebnis	[8]	-0,3	-0,3	0,0	0,0 %
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>[9]</b>	<b>50,5</b>	<b>13,9</b>	<b>36,6</b>	<b>&gt;100 %</b>
Steuern	[10]	-38,6	-3,4	-35,2	>100 %
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>[11]</b>	<b>11,9</b>	<b>10,5</b>	<b>1,4</b>	<b>13,3 %</b>
<b>Zinsaufwand stille Einlagen</b>	<b>[12]</b>	<b>-15,9</b>	<b>-17,4</b>	<b>1,5</b>	<b>-8,6 %</b>
<b>Kernkapital</b>	<b>[13]</b>	<b>879,6</b>	<b>882,9</b>	<b>-3,3</b>	<b>-0,4 %</b>
<b>Ø Risikoposition</b>	<b>[14]</b>	<b>5.911,9</b>	<b>5.971,7</b>	<b>-59,8</b>	<b>-1,0 %</b>
<b>RoE* (([9]-[12])/[13])</b>	<b>[15]</b>	<b>9,82 %</b>	<b>5,81 %</b>	<b>4,01 %</b>	
<b>CIR ([5]/([1]+[2]+[3]+[4]+[8]-[12]))</b>	<b>[16]</b>	<b>62,46 %</b>	<b>62,67 %</b>	<b>-0,20 %</b>	
<b>RWA-Rentabilität (([1]+[2]+[4]+[8])/[14])</b>	<b>[17]</b>	<b>2,12 %</b>	<b>2,03 %</b>	<b>0,09 %</b>	

\*vor Zuführung von Reserven

Der **Zinsüberschuss** der SaarLB ist in 2017 gegenüber dem Vorjahr um EUR 2,7 Mio. von EUR 109,7 Mio. auf EUR 112,4 Mio. gestiegen, liegt jedoch moderat unter unseren Erwartungen. Der Anstieg entspricht einer Veränderung von 2,5 %. Hierbei wurde der leichte Rückgang der Zinserträge von EUR 271,1 Mio. auf EUR 265,7 Mio. (entspricht 2,0 %) durch einen Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 174,4 Mio. auf EUR 167,0 Mio. (entspricht -4,3 %) überkompensiert. Geprägt ist der Zinsüberschuss durch das weiter gesunkene, teils deutlich negative Zinsniveau und damit verbunden hohen Minderaufwendungen aus der Refinanzierung insbesondere mit Kreditinstituten.

Negative Zinsen wurden aktivisch in Höhe von EUR 5,7 Mio. (Vorjahr: EUR 5,4 Mio.) gezahlt und passivisch in Höhe von EUR 8,1 Mio. (Vorjahr: EUR 3,6 Mio.) vereinnahmt.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften stiegen leicht um EUR 0,3 Mio. auf EUR 243,3 Mio. In höherem Maße haben sich die absoluten Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR -103,0 Mio. um EUR 8,9 Mio. bzw. um -8,0% verringert.

Die laufenden Erträge aus Spezialfonds sind im Geschäftsjahr 2017 um EUR 2,8 Mio. (im Vergleich zum Vorjahr) auf EUR 12,5 Mio. gestiegen.

Bei der Verteilung des Zinsergebnisses auf die Segmente hat das Segment Projektfinanzierungen mit rd. 30% den größten Anteil am Bruttozinsüberschuss erwirtschaftet. Es folgen die Segmente Firmenkunden und Immobilien mit je knapp über 20%. Die Verbundbank ist – getrieben durch die LBS – für 17% des Zinsüberschusses verantwortlich. Auf die Kommunalbank entfallen rund 7%. Die restlichen Anteile liegen in den Nicht-Kundensegmenten wie Treasury oder dem Overhead.

Die Zinsaufwendungen für Stille Einlagen und Nachrangkapital liegen aufgrund entsprechender Fälligkeiten und Zinsanpassungen mit EUR 15,9 Mio. in 2017 unter Vorjahresniveau (EUR 17,4 Mio.).

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen) erreichten 2017 einen Saldo in Höhe von EUR 3,3 Mio. (Vorjahr: EUR 6,4 Mio.), denen Aufwendungen aus der Auflösung von Zinsderivaten in Höhe von rund EUR 5,7 Mio. (Vorjahr: EUR 2,1 Mio.) entgegenstehen. Somit ergibt sich durch vorzeitig aufgelöste Geschäfte in Summe eine Belastung des Zinsergebnisses in Höhe von rund EUR 2,4 Mio.

Der **Provisionsüberschuss** liegt mit EUR 13,6 Mio. deutlich über dem Vorjahresniveau (EUR 10,8 Mio.) und entspricht unserer letztjährigen Prognose. Neben dem Anstieg des Provisionsüberschusses im Kreditgeschäft, der sich von EUR 8,9 Mio. in 2016 um EUR 0,8 Mio. auf EUR 9,7 Mio. verbesserte, hatte die LBS einen deutlich geringeren Provisionsaufwand als im Vorjahr. Aufgrund neuerer Erkenntnisse wurde die Abschlussgebühr für Riester-Bausparverträge entsprechend ihrer Entstehung in vollem Umfang realisiert und damit die bisherige Systematik geändert.

In der Verteilung auf die Segmente entfällt ein Großteil der Provisionen auf die Bereiche Projektfinanzierungen sowie Private und Institutionelle (37% bzw. 31%), die im Vergleich zum Vorjahr und der Prognose folgend absolut einen größeren Provisionsüberschuss ausweisen konnten.

Während der Provisionsüberschuss im Bereich Firmenkunden deutlich gestiegen ist, ging er im Bereich Immobilien aufgrund des weiterhin schwierigen Marktumfeldes und des geplanten Rückbaus im französischen Immobiliengeschäft deutlich zurück.

Das **Ergebnis des Handelsbestandes** beträgt im Berichtszeitraum EUR 0,5 Mio. und liegt damit auf Vorjahresniveau (EUR 0,5 Mio.).

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** liegt bei EUR -0,1 Mio. und somit um EUR 1,3 Mio. schlechter als im Vorjahr. Begründet ist dies in einem positiven Sondereffekt im Zusammenhang mit der

Umstellung des verwendeten Durchschnittszinssatzes für die Bildung der Pensionsrückstellungen, der im Vorjahr zu einem deutlich höheren Ergebnis geführt hat.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr leicht von EUR 5,0 Mio. auf nunmehr EUR 4,9 Mio. gesunken. Sie beinhalten im Wesentlichen Buchgewinne aus Optionen in Höhe von EUR 1,9 Mio. (Vorjahr: EUR 2,4 Mio.), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 1,7 Mio. (Vorjahr: EUR 0,7 Mio.) sowie die Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von EUR 0,3 Mio. (im Vorjahr Aufwand in Höhe von EUR 0,2 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr in 2017 mit EUR 5,1 Mio. um EUR 1,3 Mio. verschlechtert (Vorjahr: EUR -3,8 Mio.). Darin enthalten sind überwiegend Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von EUR -2,5 Mio. (Vorjahr: EUR -0,8 Mio.) sowie Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. EUR -1,7 Mio. (Vorjahr: EUR -2,1 Mio.). Des Weiteren sind auch Zuführungen von EUR 0,5 Mio. zu den Rückstellungen im Zusammenhang mit der Rückforderung von Bearbeitungsgebühren bei gewerblichen Finanzierungen aufgrund der aktuellen BGH-Rechtsprechung enthalten.

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände** hat sich von EUR -87,3 Mio. im Vorjahresvergleichszeitraum auf EUR -88,7 Mio. leicht erhöht.

Der Personalaufwand ist gegenüber 2016 (EUR -44,7 Mio.) mit EUR -43,7 Mio. leicht gesunken, liegt jedoch unter anderem aufgrund von Einmalzahlungen im Zusammenhang mit Vertragsanpassungen im Rahmen des Projektes SaarLB2020 moderat über unserem Erwartungswert.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen liegen mit EUR -43,2 Mio. um EUR 2,4 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR -40,8 Mio., sind damit jedoch noch leicht besser als unsere Erwartungen aus der letztjährigen Prognose.

Wesentlicher Treiber sind dabei Beratungsaufwendungen für das Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020. Die europäische Bankenabgabe, die ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil des anderen Verwaltungsaufwands ausmacht, liegt mit EUR 3,8 Mio. unter Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegen mit EUR -1,8 Mio. etwa auf Vorjahresniveau (EUR -1,7 Mio.) und entsprechen unseren Erwartungen.

Das **Bewertungsergebnis aus dem Kredit-, Beteiligungs- und Wertpapiergeschäft** hat sich in 2017 von EUR -20,7 Mio. entgegen unserer letztjährigen Prognose auf EUR 13,1 Mio. signifikant verbessert und spiegelt damit die derzeit ungewöhnlich positive Risikolage wieder. Diese ist von hohen Nettoauflösungen sowohl bei den Einzelwertberichtigungen als auch von Nettoauflösungen bei den Pauschalwertberichtigungen geprägt.

Neben dem sehr positiven Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft mit EUR 24,3 Mio. (Vorjahr: EUR -6,3 Mio.) umfasst das Bewertungsergebnis auch Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren i. H. v. EUR 3,2 Mio. (Vorjahr: EUR 1,5 Mio.). Neben Veräußerungsgewinnen aus dem Verkauf von nicht mehr benötigten Collaterals in Höhe von EUR 4,4 Mio. sind hier auch Abschreibungen auf Spezialfonds i. H. v. EUR 0,5 Mio. (Vorjahr: EUR 0,5 Mio.) enthalten.



Darüber hinaus wurden Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen in Höhe von EUR 5,6 Mio. (Vorjahr: EUR 4,9 Mio.) erzielt.

Nach Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von EUR -38,6 Mio. beläuft sich der Jahresüberschuss in 2017 auf EUR 11,9 Mio. (Vorjahr: EUR 10,5 Mio.) und bestätigt damit unsere letztjährige Prognose. Der Steueraufwand umfasst neben den tatsächlichen Steuern i. H. v. EUR -43,1 Mio. (Vorjahr: EUR -6,6 Mio.) ein latentes Steuerergebnis von EUR 4,6 Mio. (Vorjahr: EUR 3,2 Mio.). In den tatsächlichen Steuern ist ein einmaliger Steueraufwand in Höhe von EUR -17,3 Mio. enthalten, der sich aus einem ablehnenden Bescheid der Finanzverwaltung bezüglich der Anerkennung von aus dem Ausland übertragenen Verlusten im Rahmen einer Niederlassungsschließung ergibt.

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern und Bilanzsumme, erreicht im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 0,8 % das Niveau des Vorjahres.

## **FINANZLAGE**

Auch in 2017 war die Finanzlage der SaarLB unverändert gut.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG zum 31.12.2017 liegt mit EUR 745 Mio. um EUR 160 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 585 Mio.). Bei einer leichten Erhöhung des Pfandbriefumlaufes hat die höhere Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung in 2017 mit ca. 84 % um 35 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau liegt (2016: 49 %) – und damit weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG zum 31.12.2017 hat sich mit EUR 2.852 Mio. deutlich erhöht (2016: EUR 2.104 Mio.). Begründet ist dies durch das gute Neugeschäft im Kommunalbereich. Der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe folgte dem Trend und hat sich gegenüber 2016 von EUR 1.541 Mio. auf EUR 2.033 Mio. in 2017 ebenfalls deutlich erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 40 % zum 31.12.2017 leicht über dem Vorjahresniveau (37%) und damit weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 1.557 Mio. (2016: EUR 840 Mio.) liegt das platzierte Volumen im Jahresverlauf 2017 deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Das Kapitalmarktfunding in 2017 befand sich damit sowohl für unbesicherte Emissionen als auch für Pfandbriefe auf dem geplanten Niveau. Das Kapitalmarktfunding erfolgte, wie in den vergangenen Jahren, fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Nahezu zwei Drittel der Mittelaufnahmen konnten im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der SparkassenFinanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 862 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr: EUR 839 Mio.). Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht. Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in Euro.

Die Bank hat sich im Berichtsjahr an den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG bzw. TLTRO) im Rahmen des GLRG-II-Programms der EZB bei der Deutschen Bundesbank beteiligt. Im März 2017 wurden der Landesbank Saar über die Deutsche Bundesbank EUR 100,0 Mio. zugeteilt. Diese Zuteilung ist mit einer vierjährigen Laufzeit sowie einer freiwilligen Rückzahlungsoption ausgestattet. Die im Rahmen des GLRG-II-Programms aufgenommenen Mittel können zwei Jahre nach ihrer Valutierung im vierteljährlichen Rhythmus freiwillig zurückgezahlt werden.

Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Kreditinstitute	4.097,8	3.227,9	869,9	26,9
Kunden	5.550,6	5.328,2	222,4	4,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.672,4	3.631,9	40,5	1,1
Nachrangkapital	25,5	25,5	0,0	0,0
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>13.346,3</b>	<b>12.213,5</b>	<b>1.132,8</b>	<b>9,3</b>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR 870 Mio. (27%) auf EUR 4.098 Mio. gestiegen. Diese Erhöhung betrifft mit EUR 502 Mio. vor allem Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften sowie mit EUR 167 Mio. Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** haben sich in 2017 um EUR 222 Mio. auf EUR 5.551 Mio. erhöht. Der Anstieg resultiert mit EUR 240 Mio. primär aus gedeckten Namensschuldverschreibungen.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind in 2017 bei einem Anstieg von EUR 41 Mio. auf EUR 3.672 Mio. nahezu unverändert. Im Hinblick auf die Struktur ergab sich eine Erhöhung der gedeckten Schuldverschreibungen, die durch einen Rückgang der ungedeckten Schuldverschreibungen weitgehend kompensiert wurde.

Das **Nachrangkapital** ist mit EUR 26 Mio. unverändert. Tilgungen sowie Neuaufnahmen fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht statt. Zum 26.03.2018 wird ein Teilbetrag von EUR 5 Mio. fällig werden.

Die Struktur der Verbindlichkeiten stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

in Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			Mio. EUR	%
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>4.097,8</b>	<b>3.227,9</b>	<b>869,9</b>	<b>27,0</b>
ungedeckte Schuldscheindarlehen	738,3	713,3	25,0	3,5
gedeckte Namensschuldverschreibungen	294,9	171,9	123,0	71,5
Geldmarktgeschäfte	1.458,0	955,9	502,1	52,5
Weiterleitungsdarlehen	1.097,2	930,6	166,6	17,9
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	223,4	277,3	-53,9	-19,4
Giroeinlagen	229,6	122,3	107,3	87,7
sonstige kurzfristige Termineinlagen	2,1	2,1	0,0	1,7
Spareinlagen	20,2	11,2	9,0	80,4
Sonstiges	34,1	43,2	-9,1	-21,0
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>5.550,6</b>	<b>5.328,2</b>	<b>222,4</b>	<b>4,2</b>
ungedeckte Schuldscheindarlehen	970,6	917,5	53,1	5,8
von anderen finanziellen Organisationen	865,5	783,1	82,4	10,5
von nicht finanziellen Organisationen	105,1	134,4	-29,3	-21,8
durch das EinSiG privilegierte Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,0	-
gedeckte Namensschuldverschreibungen	1.174,7	935,0	239,7	25,6
von anderen finanziellen Organisationen	988,2	839,0	149,2	17,8
von nicht finanziellen Organisationen	186,5	96,1	90,4	94,1
durch das EinSiG privilegierte Namensschuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	-
Geldmarktgeschäfte	784,9	843,8	-58,9	-7,0
von anderen finanziellen Organisationen	0,0	113,5	-113,5	-100,0
von nicht finanziellen Organisationen	784,2	730,2	54,0	7,4
durch das EinSiG privilegierte Geldmarktgeschäfte	0,7	0,1	0,6	424,0
sonstige langfristige Mittelaufnahmen	314,8	364,8	-50,0	-13,7
von anderen finanziellen Organisationen	243,7	323,7	-80,0	-24,7
von nicht finanziellen Organisationen	71,1	41,0	30,1	73,5
durch das EinSiG privilegierte sonstige langfristige Mittelaufnahmen	0,1	0,1	0,0	94,4
Giroeinlagen	1.272,4	1.238,0	34,4	2,8
von anderen finanziellen Organisationen	353,7	329,4	24,3	7,4
von nicht finanziellen Organisationen	864,8	857,8	7,0	0,8
durch das EinSiG privilegierte Giroeinlagen	53,9	50,7	3,2	6,3
sonstige kurzfristige Termineinlagen	257,8	327,9	-70,1	-21,4
von anderen finanziellen Organisationen	0,0	0,0	0,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	257,8	327,7	-69,9	-21,3
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Termineinlagen	0,0	0,2	-0,2	-100,0
Spareinlagen	775,0	707,2	67,8	9,6
von anderen finanziellen Organisationen	0,0	0,0	0,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	5,3	30,6	-25,3	-82,7
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Spareinlagen	769,7	676,6	93,1	13,8
Sonstiges	0,4	-5,9	6,3	-106,7
<b>verbrieft</b> Verbindlichkeiten	<b>3.672,4</b>	<b>3.631,9</b>	<b>40,5</b>	<b>1,1</b>
ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.629,6	2.712,1	-82,5	-3,0
gedeckte Inhaberschuldverschreibungen	1.042,8	919,8	123,0	13,4
<b>nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>25,5</b>	<b>25,5</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
nicht durch Gewährträgerhaftung privilegierte nachrangige Verbindlichkeiten von anderen finanziellen Organisationen	25,5	25,5	0,0	0,0
<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>13.346,3</b>	<b>12.213,5</b>	<b>1.132,8</b>	<b>9,3</b>

Das **bilanzielle Eigenkapital** ist um EUR 7,3 Mio. zurückgegangen. Rückläufig wirkte sich mit EUR 10 Mio. die Fälligkeit einer im gezeichneten Kapital ausgewiesenen stillen Einlage aus. Dem steht eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen aus der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2016 (EUR 1,2 Mio.) sowie aus dem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2017 (EUR 1,1 Mio.) gegenüber. Der Bilanzgewinn bewegt sich mit EUR 10,7 Mio. weitgehend auf dem Vorjahresniveau (EUR 9,4 Mio.).

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden primär durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.408 Mio. zum 31.12.2017 sind diese Verpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1.347 Mio.) gestiegen. Sie sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung, da diese im Rahmen des Liquiditätsmanagements bereits berücksichtigt sind.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 2.495 Mio. auf EUR 17.904 Mio. (Vorjahr: EUR 15.409 Mio.) gestiegen. Mit rund 95 % betrifft dies – analog zum Vorjahr – Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2017 jederzeit gewährleistet.

**Institutsrating**

Die Ratings von Fitch wurden im Mai 2017 nach einer turnusmäßigen Überprüfung bestätigt.

Moody's hat im Februar 2017 die Einschätzung unseres BCAs um 1 Notch auf ba1 angehoben. Zusätzlich hat die Bank, ergänzend zum Deposit-Rating, von Moody's im März 2017 ein Issuer Rating erhalten. Im Vorgriff zu den erwarteten europaweiten Neuregelungen im Zusammenhang mit der „Bank Recovery and Resolution Directive“ (BRRD) hat Moody's im Dezember 2017 das Long Term Issuer Rating im Ausblick auf negativ gesetzt.

<b>Fitch</b>	
<b>Ratingbezeichnung</b>	<b>Rating</b>
Long-Term Issuer Default Rating	A-, stabil
Short-Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bb+
Derivative Counterparty Rating	A- (dcr)

<b>Moody's</b>	
<b>Ratingbezeichnung</b>	<b>Rating</b>
Long-Term Deposit Rating	A1, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Long-Term Issuer Rating	A2, negativ
Short-Term Issuer Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba1
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa2
Counterparty Risk Assessment	A1(cr)

## VERMÖGENSLAGE

Die **Bilanzsumme** der SaarLB hat sich mit EUR 14.417 Mio. zum 31.12.2017 im Vergleich zum 31.12.2016 (EUR 13.290 Mio.) um 8,5% erhöht. Rückgänge bei den Forderungen an Kreditinstitute sowie den Wertpapieren wurden durch den Anstieg der Forderungen an Kunden überkompensiert.

Das **Kreditvolumen** der SaarLB folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist von EUR 14.475 Mio. um 2,0% auf EUR 14.770 Mio. im Geschäftsjahr 2017 gestiegen.

in Mio. EUR	2017	2016	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.138,3	1.601,6	-463,3	-28,9%
Wertpapiere	2.001,2	2.106,7	-105,5	-5,0%
Forderungen an Kunden	10.221,9	9.418,9	803,0	8,5%
Eventualverbindlichkeiten	377,1	410,1	-33,0	-8,0%
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.031,0	937,2	93,8	10,0%
<b>Kreditvolumen</b>	<b>14.769,5</b>	<b>14.474,5</b>	<b>295,0</b>	<b>2,0%</b>

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Vorjahr um rund EUR -463 Mio. von EUR 1.602 Mio. zum 31.12.2016 auf EUR 1.138 Mio. zum 31.12.2017 gesunken. Betroffen sind vor allem andere Forderungen an inländische Kreditinstitute.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 2.107 Mio. auf EUR 2.001 Mio. gesunken (-5,0%). Ursächlich hierfür war der Rückgang von längerfristigen Anleihen.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 0,4 Mio. (Vorjahr: EUR 1,9 Mio.), denen stille Reserven von EUR 43,4 Mio. (Vorjahr: EUR 51,8 Mio.) gegenüberstehen.

Die **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, sind deutlich gestiegen. Maßgeblich hierfür war vor allem der Anstieg der Forderungen an in- und ausländische öffentliche Haushalte bzw. öffentlich-rechtliche Unternehmen i. H. v. EUR 395 Mio sowie der Anstieg an inländische andere Kunden i. H. v. EUR 340 Mio.

Die **Eventualverbindlichkeiten** lagen in 2017 mit EUR 377 Mio. um 8% unter dem Vorjahresniveau i. H. v. EUR 410 Mio. Der Rückgang betrifft vor allem ausländische Kunden mit EUR 20 Mio.

Die **unwiderruflichen Kreditzusagen** sind um EUR 93,8 Mio. auf EUR 1.031,0 Mio gestiegen. Ursächlich hierfür war vor allem ein Anstieg an inländische Kunden i. H. v. EUR 126 Mio.

## RISIKOBERICHT

### GRUNDLAGEN DER RISIKOSTEUERUNG UND -ÜBERWACHUNG

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Abteilung Risikocontrolling ist unmittelbar dem Leiter des Ressorts Risiko und Produktion unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Marktfolge zuständig. Dabei erfolgt eine integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Auch wenn sie von der BaFin bis zum Berichtsstichtag nicht formal dazu aufgefordert wurde, hat die SaarLB einen Sanierungsplan erstellt und im November 2015 an die BaFin sowie die Deutsche Bundesbank versendet. Die SaarLB überprüft in einem regelmäßigen Prozess potenziellen Anpassungsbedarf des Plans. Auf Basis der festgelegten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren befand sich die SaarLB zum Berichtsstichtag ebenso wie im gesamten Berichtszeitraum in der Phase des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs.

## **KAPITALMANAGEMENT**

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

### **Aufsichtsrechtliches Kapital**

Die SaarLB wendet den auf internen Ratings basierten Ansatz (IRBA) zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR an. Ergänzend verfügt sie über die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die sogenannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, Rücklagen einschließlich der § 340g HGB-Reserve sowie stille Einlagen) und Ergänzungskapital (u. a. langfristige nachrangige Verbindlichkeiten), jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen, zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamteigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindestvorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinausgehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung sind Vorkehrungen getroffen, um die Vorgaben nachhaltig einzuhalten. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Strategie und Zentraler Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Abteilung Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt.



Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2017	31.12.2016
Risikopositionen (Mio. EUR)	5.935	5.765
Eigenmittel	931	903
davon Kernkapital	880	883
davon hartes Kernkapital	691	672
Gesamtkennziffer	15,7%	15,7%
Kernkapitalquote	14,8%	15,3%
harte Kernkapitalquote	11,6%	11,7%

Sowohl die harte Kernkapitalquote als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei erhöhten Risikopositionen und Eigenmitteln weitestgehend stabil geblieben. Lediglich die Kernkapitalquote ist infolge eines Rückgangs im zusätzlichen Kernkapital merklich gesunken.

- Die Erhöhung des harten Kernkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus (1) Auffüllung der § 340g HGB-Reserve (rund EUR +10 Mio.), (2) Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR +6 Mio.) sowie (3) Veränderung des Wertberichtigungsvergleichs (rund EUR +4 Mio.).
- Der Rückgang des Kernkapitals geht im Wesentlichen auf die Effekte (1), (2) und (3) zurück, wobei (3) im Kernkapital eine Auswirkung in Höhe von rund EUR +5 Mio. aufweist. Diese Effekte werden überkompensiert durch (4) die Fälligkeit einer stillen Einlage (rund EUR -10 Mio.) und (5) den Abschmelzprozess der stillen Einlagen aufgrund der Übergangsregelungen der CRR (rund EUR -14 Mio.).
- Der Anstieg der Eigenmittel wird im Wesentlichen erklärt durch die bereits geschilderten Effekte (1) bis (4), wobei (3) in den Eigenmitteln eine Auswirkung in Höhe von rund EUR +22 Mio. aufweist. Der in den Eigenmitteln deutlich stärkere Effekt (3) ergibt sich aus der Anrechenbarkeit des im Jahresverlauf entstandenen Wertberichtigungsüberschusses in dem Ergänzungskapital.
- Der leichte Anstieg der Risikoaktiva ist im Wesentlichen auf die Aufstockung des SaarLB-Spezialfonds (rund EUR 143 Mio.) zurückzuführen.

Erstmalig erfolgte im Jahr 2017 die Anrechnung des Zwischengewinns aus dem Halbjahresabschluss mit Auswirkungen auf die Effekte (2) und (3).

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Dies gilt auch für die im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) seit 30. September 2016 festgelegten Mindestquoten. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 13,5% (31.12.2016: 13,4%), die Kernkapitalquote bei 12,9% (31.12.2016: 13,1%) und die harte Kernkapitalquote bei 10,1% (31.12.2016: 9,9%).

## Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Berichtsjahr grundsätzlich auf Basis der HGB-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:<sup>1</sup>

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2017	31.12.2016	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	13,6	10,4	3,2
+ Stammkapital	250,1	250,1	0,0
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	0,0
+ Gewinnrücklagen	150,9	149,7	1,2
+ Rücklage nach § 340 f	50,0	40,0	10,0
+ Rücklage nach § 340 g	229,7	219,7	10,0
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	9,5	0,0
+ Befristete stille Einlagen	208,6	223,6	-15,0
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	20,5	25,5	-5,0
+ BFA 3 Saldo	181,3	150,4	30,9
+ stille Reserven Wertpapiere nach HGB, sofern nicht in BFA 3 enthalten	3,8	6,0	-2,2
+ stille Lasten in Pensionsrückstellungen	-2,5	-2,8	0,3
<b>Risikodeckungsmasse</b>	<b>+1.184,5</b>	<b>1.151,2</b>	<b>+33,3</b>
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	5,0	0,0
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren	0,0	0,0	0,0
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aktiver latenter Steuern	18,1	17,1	1,0
<b>Verfügbare Deckungsmasse</b>	<b>+1.161,4</b>	<b>+1.129,1</b>	<b>+32,3</b>

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum Vorjahresende vor allem aufgrund des höheren Saldos aus der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften nach IDW RS BFA 3 (BFA 3 Saldo) sowie den zusätzlich gebildeten Reserven nach § 340 f/g gestiegen. Demgegenüber standen niedrigere stille Einlagen und nachrangige Verbindlichkeiten.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte: In der verfügbaren Deckungsmasse werden Elemente der Risikodeckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil. Im Berichtsjahr wurde in einem mindestens vierteljährlichen Turnus eine Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren

<sup>1</sup> Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag, sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt ist. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden wenigstens jährlich validiert.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2017			31.12.2016		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	228,4	345,0	66 %	165,2	345,0	48 %
davon Ausfallrisiko	(106,6)	(210,0)	51 %	(101,1)	(210,0)	48 %
davon Credit Spread-Risiko	(121,8)	(135,0)	90 %	(64,2)	(135,0)	48 %
Marktrisiko	131,3	180,0	73 %	116,8	180,0	65 %
Operationelles Risiko	25,5	30,0	85 %	25,5	30,0	85 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	49,3	90,0	55 %	48,6	90,0	54 %
<b>Summe</b>	<b>434,4</b>	<b>645,0</b>	<b>67 %</b>	<b>356,0</b>	<b>645,0</b>	<b>55 %</b>
<b>Verfügbare Deckungsmasse</b>	<b>1.161,4</b>			<b>1.129,1</b>		
<b>Freie ökon. Deckungsmasse</b>	<b>727,0</b>			<b>773,1</b>		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben. Insbesondere bei Credit Spread-Risiken wurde das Limit zum Berichtsstichtag deutlich stärker ausgenutzt als zum Vergleichsstichtag.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Stressszenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten, schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken werden bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen; für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

<b>Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)</b>	<b>31.12.2017</b>	<b>31.12.2016</b>
Adressenrisiko	258,6	158,5
davon Ausfallrisiko	(125,8)	(98,2)
davon Credit Spread-Risiko	(132,8)	(60,4)
Marktrisiko	117,8	102,1
Operationelles Risiko	17,0	17,0
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	35,8	30,9
<b>Summe</b>	<b>429,2</b>	<b>308,5</b>
<b>Freie ökon. Deckungsmasse</b>	<b>727,0</b>	<b>773,1</b>
<b>Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress</b>	<b>297,8</b>	<b>464,6</b>

Die Kapitalbedarfe im Stressszenario Schwerer konjunktureller Abschwung sind im Berichtszeitraum gestiegen, insbesondere durch erhöhte Credit Spread-Risiken, aber auch durch höhere Ausfall- und Marktpreisrisiken. Gleichzeitig sank die freie ökonomische Deckungsmasse. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse jedoch auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

### **ADRESSENRISIKO (KREDITRISIKO)**

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsumiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie das Credit Spread-Risiko.

Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners der SaarLB so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank gar nicht oder nicht termingerecht nachkommen kann.

Das Credit Spread-Risiko (Bonitätsänderungsrisiko) bezeichnet das Risiko bonitätsinduzierter Kursverluste des Wertpapierbestandes (inkl. Wertpapierpositionen in Spezialfonds, Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl.

kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGVO-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen Immobiliengeschäfts-Rating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen, hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand des eingerichteten Frühwarnsystems – u. a. monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – erfolgt eine Identifikation gefährdeter Engagements und Überführung in die dafür vorgesehene Betreuungsform. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die ihm eingeräumten Kontrahentenlimite, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Nettoengagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Darüber hinaus soll in von der Bank identifizierten Risikobranchen nur selektiv Neugeschäft zur Verbesserung des jeweiligen Branchenportfolios eingegangen werden. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Eine einzelfallbezogene Prüfung der Einhaltung der Risikostrategie durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche ist im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung vorgesehen.

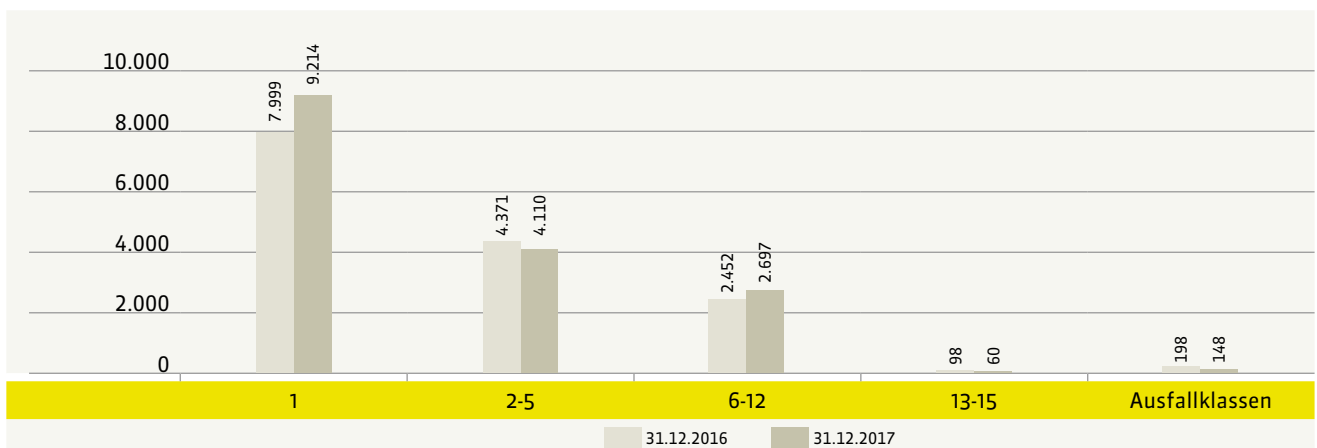
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

### Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 16.229 Mio. bestand (zum 31.12.2016: EUR 15.119 Mio.). Somit wurden Kreditrisiken in Höhe von EUR 1.111 Mio. aufgebaut, insbesondere in den sehr guten Ratingklassen (Anstieg von EUR 1.215 Mio. in Ratingklasse 1).

### Maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)

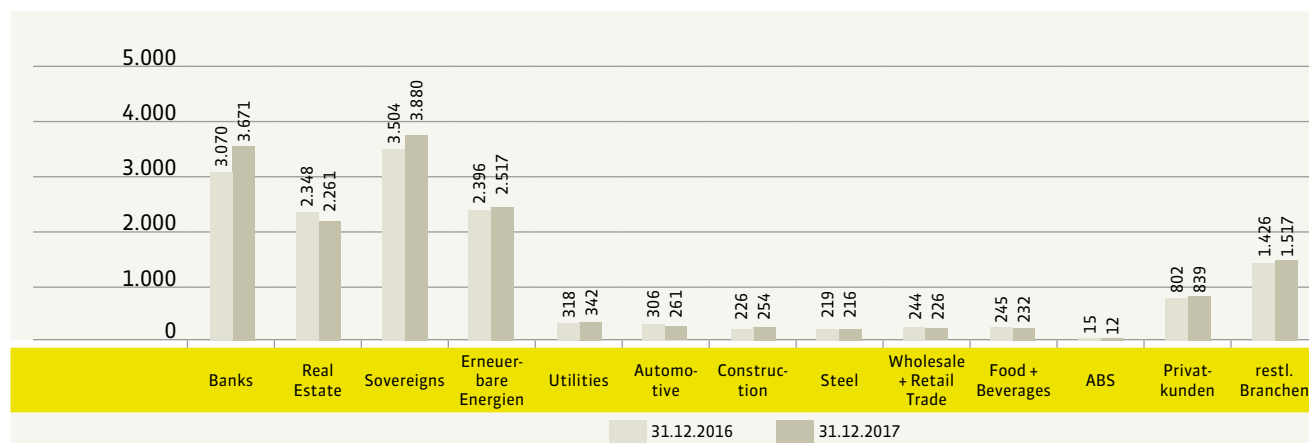


Zum Berichtsstichtag liegen rund 82% des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGVO-Skala). Im Vergleich zum 31.12.2016 bleibt damit der Anteil im Investment Grade unverändert.

Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter

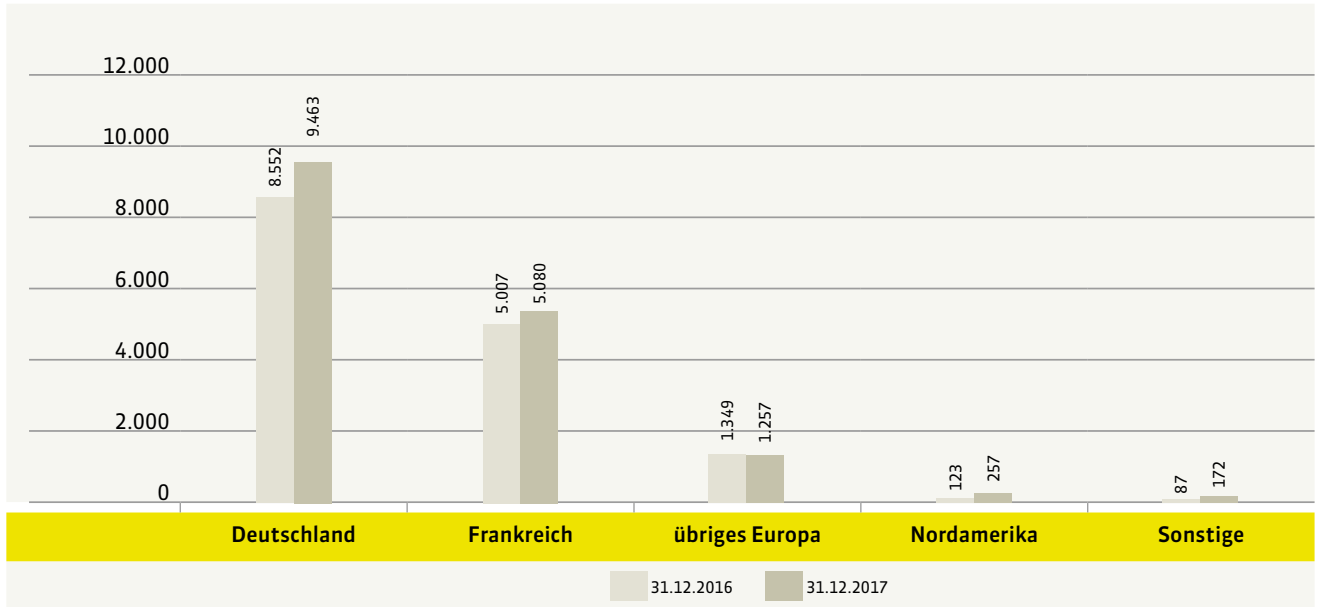
Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

#### Maximales Kreditrisiko nach Branchen (in Mio. EUR)



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert: Der größte Anteil des Portfolios (rund 24%) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns, gefolgt von den Branchen Banks (rund 23%), Erneuerbare Energien (rund 16%) und Real Estate (rund 14%). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Banks um rund EUR 601 Mio. erhöht, gefolgt von der Branche Sovereigns (Erhöhung um rund EUR 376 Mio.) und Erneuerbare Energien (Erhöhung um rund EUR 121 Mio.). In der Branche Real Estate wurde das Kreditrisiko um EUR 87 Mio. reduziert, in der Branche Automotive um EUR 45 Mio.

### Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in Mio. EUR)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 90 % (zum 31.12.2016: 90 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 8 % (zum 31.12.2016: 9 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken der PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) auf insgesamt EUR 250 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 242 Mio.) belaufen, davon 85 % (zum 31.12.2016: 89 %) im Investment Grade. Das Exposure von Kreditnehmern im Vereinigten Königreich beträgt EUR 121 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 87 Mio.), darunter 99 % (zum 31.12.2016: 99 %) im Investment Grade. Im Berichtszeitraum wurde Volumen in fast allen betrachteten Regionen aufgebaut, u. a. in Deutschland in Höhe von EUR 911 Mio. und Nordamerika in Höhe von EUR 134 Mio. Lediglich im übrigen Europa wurde das Volumen um rd. EUR 92 Mio. reduziert.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	2.706	2.201
Frankreich	126	123
übriges Europa	496	590
Nordamerika	183	79
Sonstige	160	79
<b>Gesamt</b>	<b>3.671</b>	<b>3.070</b>



Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg steigt das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 601 Mio., absolut gesehen am deutlichsten in Deutschland um EUR 505 Mio., prozentual gesehen in Nordamerika mit 132%.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) per 31.12.2017							31.12.2016
Regionen	Deutschland	Frankreich	übriges Westeuropa	Nordamerika	Sonstige	Summe	Summe
Sovereigns	2.512	1.097	235	4	33	3.880	3.504
Real Estate	1.172	832	232	25	0	2.261	2.348
Automotive	234	21	4	3	0	261	306
ABS	0	0	12	0	0	12	15
Wholesale + Retail Trade	214	11	1	3	0	229	244
Construction	165	76	13	0	1	254	226
Utilities	279	21	40	1	2	342	318
Steel	208	1	7	0	0	216	219
Erneuerbare Energien	458	2.059	0	0	0	2.517	2.396
Food + Beverages	107	82	36	7	1	232	245
Privatkunden	442	390	7	0	0	839	802
restliche Branchen	968	365	143	32	10	1.517	1.426
<b>Gesamt</b>	<b>6.757</b>	<b>4.954</b>	<b>726</b>	<b>74</b>	<b>47</b>	<b>12.558</b>	<b>12.048</b>

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99% (31.12.2016: rund 99%) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 93% (31.12.2016: rund 93%) den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	31.12.2017	31.12.2016
bis 1 Mio. EUR	31	37
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	162	113
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	76	45
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	427	587
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	750	711
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	465	672
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	496	904
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	303	0
> 500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	962	0
> 1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>3.671</b>	<b>3.070</b>

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten. Im Vergleich zum letzten Berichtsstichtag sind insbesondere auch die Größenklassen bis EUR 500 Mio. bzw. EUR 1 Mrd. besetzt. Darin enthalten sind ausschließlich Risiken in Deutschland in Ratingklasse 1.

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert.

### Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS“-Länder) werden weiterhin verstärkt beobachtet.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Länder	31.12.2017	31.12.2016
Portugal	38	4
Italien	99	108
Irland	17	12
Griechenland	0	0
Spanien	95	119
<b>Gesamt</b>	<b>250</b>	<b>242</b>

Der Kreditbestand in den PIIGS-Staaten wurde im Berichtszeitraum insgesamt um EUR 8 Mio. erhöht. Während in Spanien Risiken in Höhe von EUR 24 Mio. abgebaut wurden, kam es in Portugal zu einer Ausweitung des Volumens um EUR 34 Mio. Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 85% im Investment Grade (zum 31.12.2016: 89%). Ein Exposure in Griechenland liegt zum Berichts- wie zum Vergleichsstichtag nicht vor.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Branchen	31.12.2017	31.12.2016
Sovereigns	162	70
Banks	16	26
Logistics	30	52
Telecom	8	41
Real Estate	1	20
Utilities	13	20
ABS	10	12
Sonstige	10	2
<b>Gesamt</b>	<b>250</b>	<b>242</b>

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von EUR 162 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2016: EUR 70 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (48%), gefolgt von Spanien (28%) und Portugal (20%), zuzuordnen. Irland spielt mit einem Anteil von 4% nur eine untergeordnete Rolle. Der Aufbau von Kreditrisiken erfolgte maßgeblich in der Branche Sovereigns (EUR 92 Mio.), während in den übrigen genannten Branchen Risiken reduziert wurden (u. a. Telecom EUR 33 Mio., Logistics EUR 22 Mio., Real Estate EUR 19 Mio.). Zum Berichtsstichtag hat sich das in italienischen Banken investierte

Volumen, das von den Spezialfonds der SaarLB gehalten wird, leicht auf EUR 4 Mio. erhöht.

Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Zum Berichtsstichtag hielt die SaarLB ein Exposure von EUR 121 Mio. im Vereinigten Königreich (zum 31.12.2016: EUR 87 Mio.). Mit insgesamt EUR 87 Mio. (31.12.2016: EUR 70 Mio.) stellt die Branche Banks den Großteil des Exposures. Die volumenmäßig nächstgrößere Branche ist Food and Beverages mit EUR 9 Mio. (31.12.2016: EUR 8 Mio.), gefolgt von Telecom mit EUR 6 Mio. (31.12.2016: EUR 2 Mio.). Alle übrigen Branchen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Das Exposure ist nahezu ausschließlich im Investment Grade-Bereich geratet. Wir schätzen die aus dem Brexit resultierenden Risiken für dieses Exposure daher als überschaubar ein.

### **Risikoversorge**

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs- und Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte harte Kriterien, die zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung des Engagements bilden u. a.:

- deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten
- bonitätsinduzierte Leistungsstörung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- wesentliche Vertragsverletzungen wie bspw. Antrag auf Stundung
- hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Wegfall eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- wesentlicher oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikoversorge gebildet. Die Berechnung der Risikoversorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung bestehender Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung (fortgeführte Anschaffungskosten) mit den künftig zu erwartenden abgezinsten Cashflows. Die Abzinsung erfolgt mit dem laufzeitadäquaten Zinssatz der OIS-Zinskurve. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist.

Bei der Risikoversorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2017 – 31.12.2017	01.01.2016 – 31.12.2016
<b>Anfangsbestand</b>	<b>101,9</b>	<b>116,4</b>
Auflösung	-34,2	-15,9
Verbrauch	-22,2	-23,0
Zuführung	15,9	24,4
<b>Endbestand</b>	<b>61,4</b>	<b>101,9</b>

Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 13,3 Mio. (per 31.12.2016: EUR 15,3 Mio.).

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,4 Mio. (per 31.12.2016: EUR 0,1 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenen Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 0,3 Mio. (per 31.12.2016: EUR 0,8 Mio.) gegenüber.

## MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-)Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts orientiert sich an den Anforderungen der MaRisk. Der Bereich Treasury und Syndication umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Abteilung Produktmanagement sowie der Bereich Private und Institutionelle verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Bereich Recht und Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichen Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von zehn Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,95% ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Die Risikokennzahlen werden grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert

werden. In der Sparte Devisen-Bankbuch und -Sales erfolgt die Risikoberechnung mithilfe von Risikoparametern, die auf weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen basieren.

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) sowie für die Handelsbuchsparten Renten-Sales und Devisen-Bankbuch und -Sales eine Verlustobergrenze (Planabweichungslimit) fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Gleichzeitig darf in den Handelsbuchsparten eine negative Abweichung des operativen Ergebnisses vom jeweiligen zeitanteiligen Planwert in einer Sparte dessen Planabweichungslimit nicht übersteigen. Das Planabweichungslimit beträgt regelmäßig jeweils 50 % des Planwertes einer Sparte. Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden bei Handelsbuchsparten in den Netto-VaR negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit).

Die folgende Tabelle beschreibt das Risiko verschiedener Marktpreisrisikoarten im Berichtszeitraum sowie im Vergleichszeitraum. Bei den aufgeführten Werten handelt es sich um den Brutto-VaR.

Marktpreisrisiko SaarLB: Brutto-VaR (in Mio. EUR)	12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2017			12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2016		
	Durchschnitt	Maximum	Minimum	Durchschnitt	Maximum	Minimum
Zins-VaR	20,2	23,4	16,3	18,0	20,9	12,7
FX-VaR	0,2	0,7	0,1	0,9	1,7	0,1
Aktien-VaR	3,4	7,3	2,3	5,2	7,2	1,6
<b>Gesamt-VaR</b>	<b>23,9</b>	<b>26,2</b>	<b>19,9</b>	<b>24,2</b>	<b>27,8</b>	<b>18,0</b>

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Vorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse sowie VaR und VaR-Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-)VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 36,0 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 36,0 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Diese Limite waren (über alle Sparten) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 66,4 % (in 2016: 68,8 %) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 55,4 % (in 2016: 52,9 %) und einem Maximum von 72,7 % (in 2016: 81,8 %) schwankte.<sup>2</sup> Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 26,2 Mio. (in 2016: EUR 28,1 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der (Netto-)VaR aus Marktrisiken EUR 25,8 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 26,5 Mio.).

<sup>2</sup> In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d. h. inkl. eventuell durchgeführter Berücksichtigung von negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens halbjährlich validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden jährlich aktualisiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) im Berichtszeitraum unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

## **LIQUIDITÄTSRISIKO**

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB im Wesentlichen Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i. e. S.), aber auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko, jeweils unter Berücksichtigung von Marktliquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Liquiditätsrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie und der Liquiditätssicherungsplanung festgelegt. Übergeordnetes Ziel von Liquiditätsrisikosteuerung und -controlling ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der SaarLB.

Die Liquiditätssteuerung liegt in der Verantwortung der Abteilung Treasury, zu der auch der Geldhandel zählt, der für den Liquiditätsausgleich am Markt in Fristigkeiten bis zu einem Jahr zuständig ist. Das Liquiditätsrisikocontrolling erfolgt in der Abteilung Risikocontrolling.

Im Rahmen der Messung von Liquiditätsrisiken werden alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank berücksichtigt. Diese umfassen neben deterministischen Zahlungsströmen auch die auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströme (z.B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen). Das dem gegenüberstehende Liquiditätsdeckungspotenzial beinhaltet u.a. den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld bei der EZB, kurzfristig veräußer- bzw. beleihbare Wertpapiere sowie das Potenzial für kurzfristig platzierbare Pfandbriefemissionen und quantifiziert damit die Möglichkeit zur Abdeckung von (negativen) Liquiditätsabläufen.

Die SaarLB misst und steuert Liquiditätsrisiken in vier Szenarien:

- **Szenario Basis (Planungssicht)**  
Abbildung der „gewöhnlichen“ Geschäftstätigkeit durch die Berücksichtigung der vertraglichen Kapitalfälligkeiten und Annahme von gleichwertigem Neugeschäft bei Fälligkeit.
- **Szenario Bankstress**  
Abbildung einer signifikanten Ratingherabstufung der SaarLB führt; zu einer deutlichen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten sowie zu einem verstärkten Abzug von Kundeneinlagen. Des Weiteren ist die Refinanzierung durch die Vergabe von ungedeckten Papieren nicht mehr möglich.

- **Szenario Marktstress**

Abbildung einer Kapitalmarktstörung, die zu einem allgemeinen Kursverfall von marktgängigen Vermögensgegenständen, insbesondere Wertpapieren, führt. Darüber hinaus wirken sich die Marktgegebenheiten negativ auf die Liquiditätsbeschaffung aus und führen zu zusätzlichen Liquiditätsabflüssen durch verstärkte Ziehung von Kreditlinien.

- **Szenario Kombination**

Simultane Abbildung der Effekte der Szenarien Bankstress und Marktstress.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Liquiditätsdeckungspotenzial. Es setzt sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammen. Zum Berichtszeitpunkt verfügte die SaarLB über ein freies Liquiditätsdeckungspotenzial i. H. v. EUR 1,5 Mrd. (zum 31.12.2016: EUR 1,4 Mrd.). Das Liquiditätsdeckungspotenzial soll gewährleisten, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung hochliquider Wertpapiere (sowohl EZB-fähig als auch GC Pooling-fähig) im Liquiditätsdeckungspotenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochen-Sicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Das Volumen an hochliquiden Wertpapieren liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 0,7 Mrd. (zum 31.12.2016: EUR 0,9 Mrd.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 90 Tage (bis 31.05.2017: 180 Tage) erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Liquiditätsdeckungspotenzial. Die Auslastungen des Liquiditätsdeckungspotenzials werden dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt. Auch für die einen Zeitraum von 90 Tagen übersteigenden Laufzeiten geben die Auslastungsgrade des Liquiditätsdeckungspotenzials die entscheidenden Steuerungsimpulse. Mittels geeigneter Funding-Instrumente wird auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen. Dies ist aus heutiger Sicht gegeben: Einerseits verfügt die SaarLB über eine ausreichende Überdeckung im Deckungsstock, dem Sicherheitenpool für Pfandbriefe, der in normalen Marktsituationen eine laufende Emissionstätigkeit ermöglicht. Andererseits ist die Liquiditätsablaufbilanz so strukturiert, dass per Saldo in den kommenden Jahren Liquidität zufließt. Rückflüsse aus dem Aktivgeschäft können also noch einmal als Kredite ausgegeben werden.

Auch unter den Stressannahmen der oben definierten Szenarien waren zum Berichtsstichtag die Liquiditätsabflüsse in der steuerungsrelevanten 90-Tages-Sicht (bis 31.05.2017: 180 Tage) jederzeit durch entsprechende Liquiditätsdeckungspotenziale gedeckt:

Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials (90/180 Tage; in %)	maximale Auslastung		
	90 Tage 31.12.2017	90 Tage 31.12.2016	180 Tage 31.12.2016
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	8,93 %	0,00 %	0,00 %
Szenario Bankstress	24,80 %	15,77 %	37,59 %
Szenario Marktstress	26,87 %	8,80 %	20,07 %
Szenario Kombination	34,79 %	36,53 %	77,98 %

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert. Im Berichtsjahr hat das Liquiditätsdeckungspotenzial jederzeit die Liquiditätsabläufe der SaarLB abgedeckt.

Die unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB (inkl. LBS) in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,02 und 3,76 (im Gesamtjahr 2016 zwischen 2,51 und 3,49); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,62 (zum 31.12.2016: 2,58).

Neben der Ermittlung der Liquiditätskennziffer werden im Rahmen der Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt. Dabei werden konsolidierte Werte der SaarLB (inkl. LBS) verwendet. Die aufsichtsrechtliche Mindestquote liegt im Berichtszeitraum bei 80%. Im Jahr 2018 wird die Mindestquote auf 100% angehoben. Die SaarLB hat die aufsichtsrechtliche Mindestquote sowie die höheren internen Schwellenwerte im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum Berichtsstichtag wies die SaarLB eine LCR-Kennziffer gemäß Delegierter Verordnung (EU) 2015/61 von 209% aus (zum 31.12.2016: 155%).

Die Einhaltung sowohl der aufsichtsrechtlichen als auch der internen Anforderungen war somit zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Die Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) stellen sich wie folgt dar:

31.12.2017 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.074	689	1.092	1.222
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.904	556	683	1.639
Verbriefte Verbindlichkeiten	215	465	1.862	1.131
Nachrangkapital	5	0	0	21
<b>Insgesamt</b>	<b>3.198</b>	<b>1.710</b>	<b>3.637</b>	<b>4.013</b>



31.12.2016 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	785	570	805	1.057
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.079	576	455	1.515
Verbriefte Verbindlichkeiten	100	594	1.709	1.227
Nachrangkapital	0	0	5	21
<b>Insgesamt</b>	<b>2.964</b>	<b>1.741</b>	<b>2.973</b>	<b>3.819</b>

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Darüber hinaus hat die Bank von den Möglichkeiten zur Refinanzierung über die EZB Gebrauch gemacht und Tendergeschäfte der EZB zum Zwecke der Liquiditätsfeinstellung eingesetzt.

## OPERATIONELLES RISIKO

### Allgemeines

Operationelles Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden.

Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere die Risikounterarten Rechts-, Modell-, Personal- und IS-Risiken. Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind in der OpRisk-Leitlinie der SaarLB dokumentiert. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert. Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Schwebende Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss berücksichtigt. Im Berichtsjahr wurden überdies Risikounterartenverantwortliche für alle o. g. Risikounterarten bestimmt, die für die Steuerung der jeweiligen Risikounterart zuständig sind.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: Zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profiles durch turnusmäßige Self Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten

der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert seit dem Berichtsstichtag 31.12.2016 die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden zehn Schadenfälle (gesamt 2016: 24) beobachtet, die zu einer erwarteten G. u. V.-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 0,5 Mio. (gesamt 2016: EUR 1,0 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 27,5 Mio. (in 2016: EUR 25,1 Mio.).

### **Rechtsrisiken**

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB erhobenen Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

### Organisation

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung RS RE.

### Risikosteuerung

Alle juristischen Mitarbeiter/-innen der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB zu identifizieren und zu steuern. Dies bedeutet, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung möglicher Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Den juristischen Mitarbeiter/-innen in RS RE obliegt es, im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden zu bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf zu informieren. Sie verantworten die Veranlassung und Anpassung von Rechtsrückstellungen unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des/der zuständigen Mitarbeiters/Mitarbeiterin in RS RE in Abstimmung mit der Leiterin RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen,

ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt.

Halbjährlich informiert RS RE durch Vorstandsbeschlüsse über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

#### Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist in verschiedene Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren und sonstige rechtliche Verfahren involviert, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese Verfahren umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen und der Verwertung von Sicherheiten sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelegungen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatz- sowie Rückerstattungsansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen in einer insgesamt überschaubaren Höhe folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2017 unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes Rückstellungen von insgesamt TEUR 1.003 (Vorjahr: TEUR 1.030) gebildet.

Die SaarLB ist – wie die gesamte Kreditwirtschaft – von den Entscheidungen des Bundesgerichtshofes vom 04.07.2017 (AZ: XI ZR 562/15 und XI ZR 233/16) zu Bearbeitungsentgelten bei gewerblichen Darlehen betroffen. Die SaarLB hatte sich jedoch seit mehreren Jahren in ihrem Neugeschäft auf eine derartige Rechtsentwicklung eingestellt, sodass nur in Einzelfällen mit Schadensersatzforderungen von Kunden gerechnet wird. Die wenigen bisher vorliegenden Schadensersatzforderungen sind sowohl einzeln als auch in Summe als nicht wesentlich einzustufen; durch Bildung einer entsprechenden Rückstellung wurde eine Risikovorsorge getroffen. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

#### REPUTATIONSRISIKO

Das Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Abteilung SZ KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass

auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Auf eine Quantifizierung dieser Risikoart wird verzichtet. Es erfolgt stattdessen eine qualitative Einwertung der Abteilung SZ KV im quartalsweisen Risikobericht.

### **STRATEGISCHES RISIKO/GESCHÄFTSRISIKO**

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen oder durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses. Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe adressiert.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

### **ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOLAGE**

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der Sicht der COREP-Meldung zu den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

## RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 4 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

### Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

### Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Finanzen und Controlling mit der Abteilung Finanzen, durch den Unternehmensbereich Organisation und IT mit der Abteilung IT-Organisation sowie durch die Interne Revision unterstützt.

### Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

### Finanzen

Die Abteilung Finanzen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Abschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben gehört in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsvorgaben innerhalb des Anweisungswesens, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

### Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

### Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Prozess- und Anweisungsportal der SaarLB dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu

gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses wird die fachlich richtige Abbildung der zugrundeliegenden Sachverhalte geprüft und es werden Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungscontrollings einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

## **PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT**

Die Geschäftsplanung und Ergebnisentwicklung der SaarLB beruht auf Annahmen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere in Bezug auf die für die SaarLB relevanten Märkte. Diese Annahmen sind jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Eine Abweichung der tatsächlichen Marktentwicklung kann zu entsprechenden negativen wie auch positiven Abweichungen in der künftigen Ertragslage der Bank führen.

Die Geschäftsstruktur der SaarLB als deutsch-französische Regionalbank wird sich gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr voraussichtlich nicht ändern, jedoch wird es Änderungen in der Segmentstruktur der Bank geben, die sich an der geänderten Aufbauorganisation orientieren wird.

Die SaarLB erwartet für das Geschäftsjahr 2018 die nachfolgend dargestellte Entwicklung.

### **ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN**

Die SaarLB stützt sich bei der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung auf aktuelle Einschätzungen externer Institutionen, wie zum Beispiel die für die Bank relevanten Banken- und Wirtschaftsverbände.

Zu Beginn des Jahres zeigt sich die deutsche Wirtschaft dennoch in einem starken Aufschwung. Für das Jahr 2018 wird mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,6% gerechnet. Positive Einflussfaktoren sind eine lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland und die kräftige Belebung der gewerblichen Investitionen. Sowohl der private Konsum als auch die Wohnungsbauinvestitionen werden von der hervorragenden Lage am Arbeitsmarkt unterstützt.

Das Konjunkturbarometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) signalisiert zum Jahresauftakt 2018 kräftige Zuwachsraten bei der Wirtschaftsleistung. Für das erste Quartal 2018 wird eine Zuwachsrate beim Bruttoinlandsprodukt von 0,7% im Vergleich zum Vorquartal prognostiziert.

Auch das im Januar 2018 veröffentlichte ifo-Geschäftsklima zeigt für Deutschland eine positive Entwicklung im neuen Jahr. Der Index stieg im Januar von 117,2 auf 117,6 Punkte. Die Unternehmen waren erneut zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage und blicken optimistisch auf die kommenden sechs Monate.

Im Saarland ist der Lageindikator der IHK Saarland im Januar 2018 um 3,5 Punkte auf 52,8 Zähler gestiegen. Er erreicht damit ein neues Rekordniveau. Auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate werden positiv gesehen. Die wesentlichen Impulse kommen dabei aus dem Ausland; alle für die Saarindustrie relevanten Absatzmärkte befinden sich derzeit im Aufschwung.

Gemäß dem aktuellen Konjunkturbericht der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz (Stand: Winter 2017/2018) bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage weiterhin als positiv. Wichtige Wachstumsimpulse liefert nach wie vor die positive Beschäftigungssituation. Auch die Expansion der Weltwirtschaft trägt zu einem dynamischen Wachstum bei. Der IHK-Konjunkturklimaindikator liegt bei 128 Punkten und zeigt eine konjunkturelle Boom-Phase an.

Nach einer Einschätzung der Deutschen Bundesbank begünstigen das Wirtschaftswachstum in Europa und die Erwartung, dass die Verbraucherpreise mittelfristig wieder steigen, ein langsam wieder steigendes Zinsniveau.

Für die Entwicklung der Eurozone in den kommenden Jahren ist auch der Verlauf der Brexit-Verhandlungen entscheidend. Im Jahr 2018 soll insbesondere über die Frage beraten werden, wie künftig die Zusammenarbeit beim Handel von Waren- und Dienstleistungen aussehen soll. Ein Ausgang der Verhandlungen ist schwer abzuschätzen, da in der britischen Regierung Uneinigkeit über das weitere Vorgehen herrscht. Darüber hinaus sind die Perspektiven der institutionellen Weiterentwicklung in Europa unklar.

Von der US-amerikanischen Steuerreform dürften national zusätzliche konjunkturelle Impulse ausgehen. In den Industriestaaten insgesamt setzte sich der konjunkturelle Aufschwung fort.

Das günstige konjunkturelle Umfeld, die US-Fiskalpolitik und die Geldpolitik beiderseits des Atlantiks prägten im vierten Quartal 2017 und zu Beginn des neuen Jahres das Geschehen an den internationalen Finanzmärkten. Die Renditen von Staatsanleihen entwickelten sich dabei zunächst uneinheitlich. Ein Grund hierfür war die unterschiedliche Ausrichtung der Geldpolitiken im Euroraum und in den USA. So gerieten die Zinsen im Euro-Währungsgebiet zunächst unter Druck, als sich am Markt zunehmend die Erwartung durchsetzte, dass der EZB-Rat bei seiner Sitzung Ende Oktober 2017 entscheiden würde, das Wertpapierankaufprogramm über 2017 hinaus weiterzuführen.

Bei der Parlamentswahl in Italien konnte die linkspopulistische und Europa-kritische Fünf-Sterne-Bewegung zulegen, was für die benötigten Reformen negativ gesehen wird.

Das Wirtschaftswachstum in Frankreich wird auch im Jahr 2018 hinter der Entwicklung in Deutschland zurückbleiben. Gemäß einer Veröffentlichung der Banque de France wird ein BIP-Wachstum von 1,7% erwartet. Die Binnennachfrage und insbesondere der private Konsum werden weniger stark zum Wirtschaftswachstum beitragen als dies bisher der Fall war. Der Außenhandel wird im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen er das Wachstum gedämpft hat, in 2018 zum Wachstum beitragen. Die Inflationsrate, die im Jahr 2017 bei 1,2% lag, soll im Jahresverlauf bei 1,6% liegen.



Das französische Ministerium für den ökologischen und solidarischen Wandel (Ministère de la Transition écologique et solidaire) hat im Mai 2017 einen Tariferlass veröffentlicht. Demnach wird für Betreiber kleiner Onshore-Windkraftanlagen mit weniger als sechs Turbinen ein Aufschlag auf den Marktpreis festgelegt. Voraussetzungen einer gleitenden Marktprämie mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren werden im Erlass festgelegt. Der Referenztarif ist abhängig von der Größe des Rotors und liegt zwischen EUR 72/MWh und EUR 74/MWh. Die Windkraftanlagen müssen sich in einer Entfernung von 1.500 m von bestehenden Anlagen befinden und ihre Umweltgenehmigung vorlegen. Darüber hinaus muss die Fertigstellung der Anlagen innerhalb von drei Jahren nach dem Antrag erfolgen.

Nach den bisherigen Entwicklungen auf den Geld- und Kapitalmärkten erwarten wir den Dreimonatszinssatz für unbesichertes Interbankengeschäft für die erste Jahreshälfte 2018 bei rund -0,25 %. Für den langfristigen 10-Jahres-Satz (Swap-Satz) erwartet die Bank einen leichten Anstieg auf ca. 1,00 %. Damit wird das Zinsniveau auch in der ersten Jahreshälfte 2018 auf einem niedrigen Stand verbleiben.

### **PROGNOSE ZUR ERTRAGSLAGE DER BANK**

Die SaarLB erwartet für das Geschäftsjahr 2018 eine deutlich rückläufige Entwicklung des Vorsteuerergebnisses. Getrieben wird diese Entwicklung im Wesentlichen durch das Bewertungsergebnis. Die Bank geht zum aktuellen Zeitpunkt nicht davon aus, dass sich das sehr positive Risikoergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres in 2018 wiederholen wird.

Das Ergebnis nach Steuern wird nach heutiger Einschätzung in 2018 jedoch leicht über dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen und eine Dividendenzahlung auf heutigem Niveau ermöglichen. Der belastende Einmaleffekt im Steuerergebnis 2017 wird sich in 2018 nicht wiederholen. Der Zinsüberschuss wird – unter der Prämisse eines leichten Zinsanstiegs – gegenüber dem Ergebnis 2017 dank des stetigen Ausbaus der Kerngeschäftsfelder, einer weiteren Optimierung des Collateral-Bestandes sowie einer aktiveren RWA-Steuerung voraussichtlich moderat ansteigen. Durch den weiteren Ausbau der RWA-Steuerung soll nicht gebundenes Eigenkapital kurzfristig mit margentragenden RWA belegt werden.

Für das Provisionsergebnis 2018 erwartet die Bank einen leichten Rückgang. Während Strukturierungsprovisionen im Kreditgeschäft sowie Wertpapierprovisionen weiter ausgebaut werden, belasten höhere Provisionsaufwendungen für Risikounterbeteiligungen im Rahmen der RWA-Steuerung das Provisionsergebnis. Diesen Belastungen stehen jedoch höhere Zinseinnahmen gegenüber. Der in 2017 erfolgte positive einmalige Effekt bei der Landesbausparkasse wird sich zudem in 2018 nicht wiederholen, sodass der Nettoprovisionsaufwand der LBS wieder auf das Niveau der Vorjahre zurückfallen wird.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft orientiert sich im Rahmen der Prognose für 2018 am Expected-Loss-Ansatz. Daher geht die Bank davon aus, dass die Risikovorsorge deutlich über dem aktuellen Ergebnis liegen wird.

Für das Bewertungsergebnis aus Wertpapieren und Beteiligungen wird im Prognosezeitraum mit einem ausgeglichenen Saldo gerechnet.

Der Verwaltungsaufwand wird in 2018 voraussichtlich leicht über dem Vergleichswert von 2017 liegen. Erste Kostenentlastungen als Ergebnis des Projektes SaarLB2020 werden in 2018 zum

Teil noch durch weitere Beratungsleistungen für das Projekt kompensiert. Zudem erwartet die Bank im Rahmen der Umsetzung des Projektes auch Implikationen auf die Personalkosten, die sich nach den Planungen ab 2019 reduzieren werden.

## **PROGNOSE ZUR ENTWICKLUNG DER GESCHÄFTSSEGMENTE**

Trotz des allgemein stärker werdenden Margendrucks und des damit einhergehenden Rückgangs der Margen erwartet das Segment **Firmenkunden**, durch den Ausbau des Kerngeschäftes sowohl im Zins- als auch im Provisionsüberschuss seine Erträge moderat steigern zu können. Begründet ist dies auch durch den Ausbau der Vertriebsaktivitäten der Firmenkunden in Deutschland, u. a. durch die Eröffnung des Vertriebsbüros in Mannheim. Daher erwarten wir sowohl für das Zins- als auch für das Provisionsergebnis eine moderate Steigerung.

Im Segment **Immobilien** sehen wir vor dem Hintergrund weiterhin sehr niedriger bis negativer Zinsen stark haussierende Immobilienmärkte in Frankreich. Während wir für das Deutschlandgeschäft einen weiteren moderaten Ausbau erwarten, wird das französische Geschäft – unserer Konsolidierungsstrategie folgend – sukzessive reduziert werden. Da der geplante Ausbau des Deutschlandgeschäftes das reduzierte Frankreich-Geschäft in 2018 voraussichtlich noch nicht vollständig kompensieren kann, erwarten wir für das Zins- und Provisionsergebnis in 2018 eine leicht rückläufige Entwicklung.

Während im Segment **Projekte** der Zinsüberschuss aufgrund von geplantem Neugeschäft voraussichtlich moderat ausgebaut werden kann, erwarten wir im Provisionsüberschuss eine leicht rückläufige Entwicklung. Grund hierfür sind belastende Effekte bei Risikounterbeteiligungen, die einen höheren Provisionsaufwand generieren und in 2018 ausgebaut werden sollen. Dementgegen stehen jedoch höhere Zinseinnahmen.

Das Segment **Private und Institutionelle** wird sich verstärkt auf das Einlagen-, Platzierungs- und Dienstleistungsgeschäft mit institutionellen Anlegern und vermögenden Privatkunden konzentrieren und dadurch das Provisionsergebnis voraussichtlich moderat steigern. Zusätzliche Potenziale ergeben sich im Segment Private und Institutionelle aus steigenden Provisionserträgen im Wertpapiergeschäft und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produkt- und Dienstleistungspalette. Für das Zinsergebnis wird – insbesondere getrieben vom Niedrigzinsumfeld der Passivseite – von einem moderaten Rückgang ausgegangen.

Das Segment **Kommunalbank** fokussiert sich weiterhin auf Kommunen und kommunalnahe Unternehmen in Deutschland und wird die Vertriebsaktivitäten weiter ausbauen, was einen steigenden Zinsüberschuss erwarten lässt. Für das Provisionsergebnis, das auch von der Zahlung von Vermittlungsprovisionen geprägt ist, erwarten wir eine Seitwärtsbewegung.

Das Aktivgeschäft der **LBS** wird durch das zu erwartende anhaltend niedrige Marktzinsniveau und die damit einhergehenden beschränkten Möglichkeiten zur Margenerzielung beeinflusst. Die Passivseite der Bausparkasse ist von fixen Zinszahlungen auf die Bauspareinlagen geprägt, während die Aktivseite mit dem Kreditgeschäft und den Anlagemöglichkeiten größtenteils von den aktuellen Marktkonditionen abhängig ist. Dennoch gehen wir aufgrund von geplantem Neugeschäft davon aus, unser Vorjahresergebnis im Zinsüberschuss übertreffen zu können. Damit einhergehend rechnen wir mit höheren Provisionsbelastungen aus Vermittlungsprovisionen.

Das Segment **Treasury und Syndizierung** wird im Rahmen des Risiko- und Ertragsmanagements die aktive Portfolio- und RWA-Steuerung fortführen und insbesondere die weitere Optimierung des Collateral-Bestandes vorantreiben. Durch eine weitere Optimierung der Funding-Struktur erwarten wir eine ebenfalls moderate Verbesserung im Zinsergebnis.

## ERWARTETE KAPITAL- UND RISIKOPOSITIONEN

Mit der zum Jahresende ausgewiesenen Kernkapitalquote verfügt die SaarLB über eine gute Kapitalbasis, die durch entsprechende Thesaurierung der Gewinne aus 2017 weiter gestärkt werden kann.

Bei den aufsichtsrechtlichen Risikopositionen gehen wir im kommenden Jahr von einer moderaten Steigerung auf maximal EUR 6,4 Mrd. aus. Der Zuwachs resultiert vor allem aus geplantem Neugeschäft und dem damit einhergehenden Bestandsaufbau.

Unter Berücksichtigung der geplanten Risikopositionen rechnet die Bank für das Jahresende 2018 mit moderat fallenden Kapitalquoten. Aufgrund des Auslaufens verschiedener Übergangsfristen und des damit einhergehenden Abbaus von Nicht-AT1-Bestandteilen wird die Kernkapitalquote neben dem Aufbau der Risikopositionen zusätzlich belastet.

## PROGNOSE UND CHANCEN AUS REGULATORISCHEN VERFAHREN

Trotz der soliden aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung nach Basel III gibt es auch in 2018 weitere Herausforderungen aus laufenden und neuen regulatorischen Verfahren auf supranationaler Ebene.

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hatte bereits im Jahr 2015 die Implementierung eines granularen statistischen Kreditmeldewesens (**Analytical Credit Dataset – AnaCredit**) gebilligt. Im Juni 2016 veröffentlichte die EZB schließlich die finale Verordnung zu AnaCredit, mit welcher die Anforderungen und Meldepflichten für ein europaweit einheitliches Kreditregister festgelegt wurden. Damit müssen Kreditinstitute aktivische Einlagen und Kredite gegenüber juristischen Personen ab 25.000 EUR ab September 2018 an die EZB melden. Eine entsprechende Testphase für Stamm- und Kreditdaten fand von Oktober 2017 bis März 2018 statt. Produktivmeldungen zu den Stammdaten sind seit dem Meldestichtag 31. Januar 2018 an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln. Eine Produktivmeldung zu den Kreditdaten ist erstmals für den Meldestichtag 31. März 2018 bei der Deutschen Bundesbank einzureichen. Die SaarLB hat ein AnaCredit-Projekt aufgesetzt und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen eingeleitet; die vorgezogenen Meldungen an die Deutsche Bundesbank sind erfolgt.

Nach langwierigen Verhandlungen hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im Dezember 2017 die finalen Standards zu „**Basel IV**“ veröffentlicht. Konkret überarbeitet wurden die Berechnungen der Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko, für das operationelle Risiko und für das CVA-Risiko. Darüber hinaus wurde auch das Rahmenwerk der Leverage Ratio überarbeitet sowie eine Einigung hinsichtlich der Einführung eines Output-Floors erzielt. Die finalisierten Standards sollen ab dem 1. Januar 2022 angewendet werden; zuvor ist eine Überführung in EU-Recht erforderlich. Die EU-Kommission plant, vor Beginn der europäischen Umsetzungsarbeiten eine detaillierte Auswirkungsstudie durchzuführen.

Im November 2016 wurden von der EU-Kommission Änderungsvorschläge zur Überarbeitung der **EU-Bankenverordnung (CRR) und -richtlinie (CRD)** veröffentlicht. Mit den Sitzungen zum neuen Gesetzespaket wurde im Europäischen Rat auf Arbeitsgruppenebene auch bereits im Dezember 2016 begonnen. Mit dem Beginn der sogenannten „Trilogverhandlungen“ ist erst im zweiten Halbjahr 2018 zu rechnen.

Nachdem der Bundestag am 30. März 2017 den Entwurf des Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetzes (2. FiMaNoG) angenommen hat, wurde das 2. FiMaNoG am 24. Juni 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat zum 3. Januar 2018 in Kraft. Es dient insbesondere der Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU (MiFID II-Richtlinie) in nationales Recht und bedingte die Anpassung u. a. des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), des Kreditwesengesetzes (KWG), des Börsengesetzes (BörsG) sowie des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB). Darüber hinaus wurde die Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) am 23. Oktober 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat ebenfalls zum 3. Januar 2018 in Kraft. Die Regelungen der WpDVerOV dienen im Wesentlichen der nationalen Umsetzung der Delegierten Richtlinie (EU) 2017/593, welche die MiFID II-Richtlinie ergänzt.

Grundsätzlich können von der SaarLB auch unter den neuen regulatorischen Vorgaben von MiFID II alle gemäß Geschäftsmodell vorgesehenen Dienstleistungen und Produkte dargestellt und vertrieben werden. Aufgrund der erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen wird der Aufwand je Geschäft bzw. Dienstleistung in Summe jedoch wegen der zusätzlichen Informations-, Aufzeichnungs-, Dokumentations- und Meldepflichten steigen.

## **GESAMTAUSSAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS**

Auf Basis der aufgezeigten wirtschaftlichen und geschäftlichen Entwicklung rechnet die **SaarLB** für das Gesamtjahr 2018 mit einem leicht über dem Niveau des Vorjahres liegenden Jahresüberschuss. Insofern gehen wir auch für das laufende Geschäftsjahr davon aus, eine Dividende in gleicher Höhe an unsere Anteilseigner zahlen zu können.

Begründet sind diese Erwartungen vor allem in einem moderat ansteigenden Zinsüberschuss, sowohl aus dem Kerngeschäft als auch aus der RWA- und Portfoliosteuerung. Trotz des für 2018 erwarteten Mehraufwandes im Rahmen des Strategie- und Strukturprojektes werden die Verwaltungsaufwendungen nur leicht ansteigen. Zudem wird sich ein vergleichbar belastender Effekt im Steuerergebnis im Zusammenhang mit der Repatriierung des Verlustvortrages der ehemaligen Niederlassung in Luxemburg in 2018 nicht wiederholen.

Wir rechnen für das laufende Jahr mit einer normalisierten Risikovorsorge die sich am Expected Loss orientiert. Dies wird entgegen dem Vorjahr zu einer Belastung im Bewertungsergebnis führen.

Der Return on Equity (vor Steuern) wird aufgrund des deutlich sinkenden Vorsteuerergebnisses deutlich unter dem aktuellen Niveau liegen. Für die Cost Income Ratio rechnen wir mit einem Wert auf aktuellem Niveau.

Bei der RWA-Rentabilität erwarten wir zum Jahresende 2018 ebenfalls ein gegenüber 2017 etwa gleichbleibendes Niveau.

Saarbrücken, 19. März 2018

Landesbank Saar  
Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

# Jahresabschluss der SaarLB

## BILANZ ZUM 31.12.2017 DER LANDESBANK SAAR

### Aktivseite

	31.12.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		1.684.421,70		1.537
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		961.883.211,02		59.279
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	961.883.211,02		(59.279)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	963.567.632,72	0
				60.815
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		
b) Wechsel		0,00	0,00	0
				0
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		570.911.060,11		688.137
b) andere Forderungen		567.364.614,90	1.138.275.675,01	913.417
darunter:				1.601.554
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		0
Kommunalkredite	EUR	1.250.892,98		(4.400)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		
Baudarlehen der Bausparkasse:				(0)
Bauspardarlehen	EUR	0,00		
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			10.221.878.320,97	9.418.905
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.452.057.482,05		(1.473.237)
Kommunalkredite	EUR	3.255.745.716,52		(2.099.568)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	23.716.866,82		(25.180)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	537.710.498,17		(531.782)
sonstige Baudarlehen	EUR	293.412.606,75		(254.104)
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	719.157.507,73		(687.719)
		Übertrag:	12.323.721.628,70	11.081.274

## Passivseite

	31.12.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		354.760.377,15		131.566
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.722.858.486,46		3.085.095
darunter:				
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	35.095.179,19		(10.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	269.801.399,39		(160.111)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
c) Bauspareinlagen		20.212.466,87	4.097.831.330,48	11.200
darunter:				3.227.861
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00		(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00		(0)
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		449.460,67		804
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		6.172.058,11		3.664
ac) Bauspareinlagen		768.420.990,59	775.042.509,37	702.709
darunter:				707.177
auf gekündigte Verträge	EUR	15.328.077,92		(1.121)
auf zugeteilte Verträge	EUR	21.592.756,74		(19.543)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		1.273.045.901,74		1.290.215
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.502.470.461,39	4.775.516.363,13	3.330.848
				4.621.063
darunter:				5.328.241
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	70.600.834,25		(34.500)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	1.104.064.880,08		(888.800)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00		(0)
			Übertrag:	8.556.102
			9.648.390.202,98	

## Aktivseite

	31.12.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	12.323.721.628,70	11.081.274
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 0,00			0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				(0)
ba) von öffentlichen Emittenten	360.374.507,83			360.522
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 360.374.507,83			(360.522)
bb) von anderen Emittenten	1.090.839.282,50	1.451.213.790,33		1.359.405
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 918.818.526,47			1.719.927
				(1.112.772)
c) eigene Schuldverschreibungen		3.646.674,73	1.454.860.465,06	7.649
Nennbetrag	EUR 3.700.000,00			1.727.576
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			546.296.808,88	379.067
<b>6a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>7. Beteiligungen</b>			15.368.610,65	17.333
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 1.359.913,77			(1.360)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			325.000,00	350
darunter:				
an Kreditinstituten	EUR 0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR 0,00			(0)
<b>9. Treuhandvermögen</b>			1.689.534,10	2.826
darunter:				(2.826)
Treuhandkredite	EUR 1.689.534,10			
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			0,00	0
		Übertrag:	14.342.262.047,39	13.208.427



## Passivseite

	31.12.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	9.648.390.202,98	8.556.102
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		3.672.407.455,04		3.631.878
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	298.591.681,49		(348.261)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	744.188.568,49		(571.541)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.629.627.205,06		(2.712.077)
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		0	3.672.407.455,04	0
darunter:				3.631.878
Geldmarktpapiere	EUR	0,00		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00		(0)
<b>3a. Handelsbestand</b>			0,00	0
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			1.689.534,10	2.826
darunter:				
Treuhandkredite	EUR	1.689.534,10		(2.826)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			34.658.524,61	29.102
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			35.825.924,50	37.617
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	10.664.277,65		(10.508)
andere	EUR	25.161.646,85		(27.110)
<b>6a. Passive latente Steuern</b>			0,00	0
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		29.718.461,00		28.652
b) Steuerrückstellungen		4.437.113,44		18.389
c) andere Rückstellungen		19.702.626,15	53.858.200,59	17.583
				64.624
<b>7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung</b>			21.000,00	21
		Übertrag:	13.446.850.841,82	12.322.170

**Aktivseite**

	31.12.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	14.342.262.047,39	13.208.427
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.746.965,00		1.030
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		380.800,00	4.127.765,00	2.875
				3.905
<b>12. Sachanlagen</b>			2.905.176,57	3.399
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			17.709.593,43	26.135
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			28.511.793,02	30.800
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR 15.241.650,68			(12.507)
andere	EUR 13.270.142,34			(18.293)
<b>15. Aktive latente Steuern</b>			21.678.180,45	17.107
<b>Summe der Aktiva</b>			14.417.194.555,86	13.289.771

## Passivseite

	31.12.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	13.446.850.841,82	12.322.170
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			25.500.000,00	25.500
<b>9. Genusrechtskapital</b>			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00		(0)
<b>10. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			229.759.856,84	219.700
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	445.000,00		(385)
<b>11. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		250.119.407,03		250.119
ab) Stille Einlagen		233.053.302,18	483.172.709,21	243.053
				493.173
b) Kapitalrücklage			69.084.905,58	69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen		64.931.864,88		63.745
cb) andere Gewinnrücklagen		87.208.829,49	152.140.694,37	87.011
				150.755
d) Bilanzgewinn			10.685.548,04	9.389
				722.402
<b>Summe der Passiva</b>			14.417.194.555,86	13.289.771

**1. Eventualverbindlichkeiten**

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		377.110.199,59		410.137
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	377.110.199,59	0
				410.137

**2. Andere Verpflichtungen**

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.030.960.478,50	1.030.960.478,50	937.242
				937.242

## GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER LANDESBANK SAAR FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017

	EUR	2017 EUR	EUR	2016 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	249.078.111,21			248.474
darunter:				
Zinserträge der Bausparkasse				
aus Bauspardarlehen	EUR 1.149.446,30			(1.364)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR 15.606.300,44			(15.829)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR 7.106.132,85			(6.823)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	22.388.824,58	271.466.935,79		28.049
				276.524
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen				
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	-5.731.442,71			-5.426
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0,00	-5.731.442,71	265.735.493,08	0
				-5.426
3. Zinsaufwendungen				
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft		175.073.369,53		178.094
darunter:				105.328
für Bauspareinlagen	EUR 11.512.504,30			(11.537)
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen				
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)		8.071.818,51	167.001.551,02	3.647
			98.733.942,06	96.651
5. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		12.536.032,32		9.708
b) Beteiligungen		921.169,99		3.282
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	13.457.202,31	0
				12.990
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			196.580,00	84
7. Provisionserträge		28.723.401,58		24.777
darunter:				
Provisionserträge der Bausparkasse				
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR 6.960.429,20			(5.759)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR 0,00			(0)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR 0,00			(0)
		Übertrag:	112.387.724,37	134.501

			2017	2016		
			EUR	TEUR		
			Übertrag:	112.387.724,37	134.501	
8. Provisionsaufwendungen			15.098.795,01	13.624.606,57	14.011	
darunter:					10.766	
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR	10.207.830,17			(10.035)	
9. Nettoertrag des Handelsbestandes				502.221,21	488	
darunter:						
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	60.000,00			(55)	
10. Sonstige betriebliche Erträge				4.933.277,43	5.003	
darunter:						
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	EUR	337.398,74			(0)	
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			35.004.214,29		35.975	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			8.725.186,28	43.729.400,57	8.727	
darunter:					44.702	
für Altersversorgung	EUR	2.955.861,76			(2.859)	
b) andere Verwaltungsaufwendungen				43.161.175,95	86.890.576,52	40.839
					85.541	
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.847.423,22	1.744	
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen				5.071.931,23	3.792	
darunter:						
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	EUR	0,00			(192)	
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				13.590.574,49	-16.259	
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.000.000,00		10.000	
16. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	0,00		
					-10.000	
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			525.702,16		2.463	
			Übertrag:	41.228.473,10	6.183	

	EUR	2017 EUR	EUR	2016 TEUR
		Übertrag:	41.228.473,10	6.183
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		10.139.491,32	9.613.789,16	8.069
				5.606
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme			33.492,17	37
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			50.808.770,09	14.215
21. Außerordentliche Erträge		0,00		0
22. Außerordentliche Aufwendungen		344.859,00		345
23. Außerordentliches Ergebnis			-344.859,00	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		38.542.674,91		3.365
darunter:				
Latente Steuern	EUR -4.571.207,52			(-3.233)
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		48.405,02	38.591.079,93	72
				3.438
26. Jahresüberschuss			11.872.831,16	10.432
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		1.187.283,12		1.043
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	1.187.283,12	0
				1.043
28. Bilanzgewinn			10.685.548,04	9.389

## EIGENKAPITALSPIEGEL

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22, der am 23. Februar 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

in TEUR	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungsmäßige Rücklagen	Andere Gewinnrücklagen		
<b>Stand 01.01.2017</b>	<b>250.119</b>	<b>243.053</b>	<b>69.085</b>	<b>63.744</b>	<b>87.011</b>	<b>9.389</b>	<b>722.401</b>
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	-	-10.000	-	-	-	-	-10.000
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	1.187	198	-1.385	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-	-9.191	-9.191
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	11.873	11.873
<b>Stand 31.12.2017</b>	<b>250.119</b>	<b>233.053</b>	<b>69.085</b>	<b>64.932</b>	<b>87.209</b>	<b>10.686</b>	<b>715.084</b>

Ausschüttungssperren bestehen im Zusammenhang mit aktiven latente Steuern und Pensionsrückstellungen i. H. v. TEUR 25.519 (31.12.2016: TEUR 20.362). Zu weiteren Einzelheiten vgl. Anhang Nr. (14).

## KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“.

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.



in TEUR	2017	2016
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>11.873</b>	<b>10.432</b>
<b>Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	-2.008	30.562
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	3.186	-1.097
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	243	-638
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-10.094	-8.029
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-344	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>-9.017</b>	<b>20.798</b>
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	458.163	216.200
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-795.011	-560.251
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	4.463	-7.102
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	2.027	19.627
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	877.845	-337.439
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	222.523	85.688
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	40.529	-27.359
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	3.765	3.296
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-112.388	-109.724
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345	345
Ertragsteueraufwand/-ertrag	38.543	3.365
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	282.015	293.418
Gezahlte Zinsen	-176.219	-187.768
Außerordentliche Einzahlungen	74	91
Außerordentliche Auszahlungen	0	0
Ertragsteuerzahlungen/-erstattungen	-48.379	-3.964
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>801.151</b>	<b>-580.347</b>
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	112.429	596.566
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-120	-164.962
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0	85
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-367	-2.108
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.210	-1.067
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>110.732</b>	<b>428.514</b>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	60	10.055
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.191	-9.191,0
Sonstige Auszahlungen	0	-
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	-
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-9.131</b>	<b>864</b>
<b>Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode</b>	<b>60.815</b>	<b>211.784</b>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	801.151	-580.347
Cashflow aus Investitionstätigkeit	110.732	428.514
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-9.131	864
<b>Finanzmittelfonds zum Ende der Periode</b>	<b>963.568</b>	<b>60.816</b>

# Inhalt – Anhang 2017

<b>Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....</b>	<b>67</b>
(1) Grundlagen .....	67
(2) Währungsumrechnung.....	67
(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	67
<b>Angaben zur Bilanz .....</b>	<b>70</b>
(4) Allgemeines .....	70
(5) Aktiva .....	71
(6) Passiva .....	75
(7) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten.....	77
(8) Latente Steuern .....	78
<b>Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung .....</b>	<b>78</b>
<b>Sonstige Angaben .....</b>	<b>79</b>
(9) Gewinnverwendung.....	79
(10) Nachtragsbericht.....	79
(11) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind .....	79
(12) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten .....	80
(13) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften .....	81
(14) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen .....	83
(15) Zahl der Beschäftigten.....	83
(16) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates .....	84
(17) Honorar für den Abschlussprüfer .....	84
(18) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen.....	85
(19) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte .....	85
(20) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft .....	85
(21) Anteilsbesitz .....	92
(22) Verwaltungsorgane der SaarLB.....	93
(23) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen .....	95
(24) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien .....	96
<b>Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....</b>	<b>97</b>
<b>Anlage zum Jahresabschluss.....</b>	<b>98</b>

## ANHANG

# Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### (1) GRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2017 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Positionen wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB besteht nicht, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

### (2) WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den zum 31. Dezember 2017 gültigen EZB-Referenzkursen umgerechnet worden. Die schwebenden Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs umgerechnet, für die schwebenden Termingeschäfte wird der Terminkurs in einen Kassa- und einen Zinsanteil aufgespalten.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB), saldiert in den sonstigen betrieblichen Erträgen (im Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen).

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 124.455 bzw. TEUR 148.870.

### (3) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer, bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Folgende Nutzungsdauern werden bei der SaarLB in der Regel zugrunde gelegt:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3–15 Jahre
- Immaterielle Vermögensgegenstände 3–5 Jahre.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen wurden nicht aufwandswirksam erfasst. Zur präziseren Darstellung der Vermögens- und Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihegeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte im Sinne des § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verleihe Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 252 ff. HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängeln des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und

Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen, sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteter Verluste ermittelt. Im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 3,68% p.a., ein Anwartschaftstrend von 2,5% p.a. sowie ein Rententrend von 2% p.a. zugrunde.

Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2017 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde gemäß IDW RS HFA 30 Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2005G dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art. 67 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d. h. der sich durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt. Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2017 auf einen Betrag von TEUR 2.414 (31.12.2016: TEUR 2.759). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 3.841 (31.12.2016: TEUR 3.255). Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i. H. v. TEUR 621 (31.12.2016: TEUR 601), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten TEUR 621 (31.12.2016: TEUR 601) betragen. Die Anschaffungskosten entsprechen den beizulegenden Zeitwerten. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 621 (31.12.2016: TEUR 601) auf. Zinsaufwendungen i. H. v. von TEUR 20 (31.12.2016: TEUR 20) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet.

Im Übrigen werden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz verwendet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (veröffentlicht durch die Deutsche Bundesbank) abgezinst, sofern der Abzinsungseffekt wesentlich ist.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten (ausschließlich Bürgschaften i. H. v. TEUR 377.110) ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der

unwiderruflichen Kreditzusagen (TEUR 1.030.960) erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Posten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet (Volumen zum 31.12.2017: EUR 4.914 Mio., 31.12.2016: EUR 3.045 Mio.). Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate, deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäfts noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäfts, jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels critical term match. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt zum 31.12.2017 TEUR 112.230 (31.12.2016: TEUR 151.374).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swap-Geschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

Die SaarLB ermittelt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 HGB und weist diese saldiert in der Bilanz aus. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2017 wurde ein Steuersatz von 32,975 % (31.12.2016: 32,975 %) zugrunde gelegt.

## Angaben zur Bilanz

### **(4) ALLGEMEINES**

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz erfolgen entsprechend der Reihenfolge der Ausweispositionen.

## (5) AKTIVA

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
<b>Pos. 3</b>	<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.251	4.190
	Nachrangige Forderungen	-	10.000
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	217.003	344.154
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	136.535	19.589
<b>Pos. 4</b>	<b>Forderungen an Kunden</b>		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	324	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.044	13.719
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	3.672.039	2.802.226
<b>Pos. 5</b>	<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
	a) Geldmarktpapiere		
	ab) von anderen Emittenten		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	360.375	360.522
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	1.085.835	1.359.405
	börsenfähig, nicht börsennotiert	5.005	-
	nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.000	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	3.647	7.649
	verbriefte Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	verbriefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
<b>Pos. 6</b>	<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
<b>Pos. 9</b>	<b>Treuhandvermögen</b>		
	Forderungen an Kunden	1.690	2.826
<b>Pos. 12</b>	<b>Sachanlagen</b>		
	vgl. Anlagespiegel		
<b>Pos. 13</b>	<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen:		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	-	-
	Steuererstattungsansprüche	8.621	17.297
	Sicherheitsleistungen bei Börseneinrichtungen	-	-
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.870	1.647
<b>Pos. 14</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Anleihen	3.735	3.705
	Agioabgrenzung aus Forderungen und begebenen Anleihen	11.507	8.802

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

## Anlagespiegel

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2017
Sachanlagen <sup>1)</sup>	18.396	367	-	-	18.763
Immaterielle Anlagewerte	10.307	1.210	-	-	11.517
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.432	829	-	2.875	11.136
geleistete Anzahlungen	2.875	381	-	-2.875	381
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.760.561	233.659	516.150	-	1.478.070
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere <sup>2)</sup>	348.724	168.488	-	-	517.211
Beteiligungen	20.511	120	2.084	-	18.547
Anteile an verbundenen Unternehmen	350	-	25	-	325
<b>Summe</b>	<b>2.158.848</b>	<b>403.844</b>	<b>518.259</b>	-	<b>2.044.433</b>

in TEUR	Abschreibungen					
	01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	31.12.2017
Sachanlagen <sup>1)</sup>	14.997	860	-	-	-	15.857
Immaterielle Anlagewerte	6.402	987	-	-	-	7.389
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.402	987	-	-	-	7.389
geleistete Anzahlungen	-	-	-	-	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>3)</sup>	63.813	8.652	29.075	-	840	42.550
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere <sup>2)</sup>	14.282	526	-	-	45	14.762
Beteiligungen	3.178	-	-	-	-	3.178
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
<b>Summe</b>	<b>102.672</b>	<b>11.025</b>	<b>29.075</b>	-	<b>885</b>	<b>83.736</b>

<sup>1)</sup> Davon für eigene Tätigkeit genutzte  
 • Grundstücke und Gebäude TEUR 0  
 • Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 3.399.

<sup>2)</sup> Anteile an Spezialfonds

<sup>3)</sup> Bei den Ab- und Zuschreibungen handelt es sich um den Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen, die zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst werden.



## Angaben zu Buch- und beizulegenden Zeitwerten

in TEUR	Buchwert		beizulegender Zeitwert	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Sachanlagen <sup>1)</sup>	2.906	3.399	-	-
Immaterielle Anlagewerte	4.128	3.905	-	-
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.747	1.030	-	-
geleistete Anzahlungen	381	2.875	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Wertpapiere mit stillen Lasten	35.304	180.972	34.856	179.083
Wertpapiere mit stillen Reserven	1.400.216	1.515.776	1.439.692	1.567.589
<b>Summe</b>	<b>1.435.520</b>	<b>1.696.748</b>	<b>1.474.548</b>	<b>1.746.672</b>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere <sup>2)</sup>				
Wertpapiere mit stillen Reserven	502.449	334.442	506.351	340.460
<b>Summe</b>	<b>502.449</b>	<b>334.442</b>	<b>506.351</b>	<b>340.460</b>
Beteiligungen	15.369	17.333	15.369	17.333
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>325</b>	<b>350</b>	<b>325</b>	<b>350</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.960.697</b>	<b>2.056.177</b>	<b>1.996.593</b>	<b>2.104.815</b>

<sup>1)</sup> Davon für eigene Tätigkeit genutzte

- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 3.399.

Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, soweit es sich um vorübergehende Wertminderungen handelt. Die SaarLB geht davon aus, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nennwert zurückgezahlt werden. Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, enthalten keine stillen Lasten.

## Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10%:

	Buchwert (BW) 31.12.2017 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2017 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2017 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterl. AfA 2017 TEUR
<b>Gemischte Fonds</b>						
SaarLB 1-Fonds	314.525	314.525	-	6.448	Ja	-
<b>Anleihenfonds</b>						
SBLB-Fonds	65.544	65.945	401	1.364	Ja	-
SBLB 2-Fonds	63.717	66.125	2.408	1.330	Ja	-
SBLBHA-Fonds	30.000	30.714	714	490	Ja	-
<b>Immobilienfonds</b>						
LBImmoInvest	43.848	43.848	-	2.001	Nein	-
<b>Wagniskapitalfonds</b>						
AIRFI	0	0	-	-	Nein	-

Bei den gemischten Fonds sowie bei den Anleihen- und Immobilienfonds handelt es sich um Spezialfonds, bei denen die SaarLB der alleinige Anteilsinhaber ist.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeabschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50% aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsass und im Osten Frankreichs investiert; darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und Schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial. Aufgrund der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Fonds waren in Vorjahren Abschreibungen des Buchwerts notwendig.

**(6) PASSIVA**

<b>Nr.</b>	<b>Bilanzpositionen</b>	<b>31.12.2017 TEUR</b>	<b>31.12.2016 TEUR</b>
<b>Pos. 1</b>	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	105.352	108.146
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	264.739	89.381
<b>Pos. 2</b>	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	492	2.494
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.451	8.364
<b>Pos. 3</b>	<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
<b>Pos. 4</b>	<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.617	2.699
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	72	128
<b>Pos. 5</b>	<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen für stille Einlagen	14.792	16.322
	Zinsen auf Genussrechtskapital	–	–
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	903	903
	Erhaltene Optionsprämien	7.748	6.320
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	2.095	2.295
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	4.917	906
<b>Pos. 6</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	8.850	8.091
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	1.814	2.417
<b>Pos. 8</b>	<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>		
	Darlehen	25.500	25.500
	Inhaberschuldverschreibungen	–	–
<b>Pos. 9</b>	<b>Genussrechtskapital</b>	–	–

### **Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:**

Spezifikation der 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahmen:

- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,3 %, Fälligkeit 13.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 4,5 Mio., Zinssatz 4,01 %, Fälligkeit 19.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 3,0 Mio., Zinssatz 4,07 %, Fälligkeit 13.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 3,0 Mio., Zinssatz 4,18 %, Fälligkeit 29.01.2024
- Schuldscheindarlehen EUR 5,0 Mio., Zinssatz 5,425 %, Fälligkeit 25.03.2018

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben in Höhe von EUR 20,5 Mio. eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR1.123 (Vorjahr: TEUR1.125).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

**(7) FRISTENGLIEDERUNG DER BILANZPOSITIONEN NACH RESTLAUFZEITEN****Aktiva**

<b>Nr.</b>	<b>Bilanzposition</b>	<b>31.12.2017 TEUR</b>	<b>31.12.2016 TEUR</b>
<b>Pos. 3b)</b>	<b>Andere Forderungen an Kreditinstitute</b>		
	bis 3 Monate	207.992	243.006
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	353.875	578.591
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.576	89.793
	mehr als 5 Jahre	921	2.027
<b>Pos. 4</b>	<b>Forderungen an Kunden</b>		
	bis 3 Monate	546.221	475.209
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	817.055	647.181
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.994.217	3.023.561
	mehr als 5 Jahre	5.743.037	5.125.101
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	121.349	147.853
<b>Pos. 5</b>	<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	235.313	451.486

**Passiva**

<b>Nr.</b>	<b>Bilanzposition</b>	<b>31.12.2017 TEUR</b>	<b>31.12.2016 TEUR</b>
<b>Pos. 1b)</b>	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
	bis 3 Monate	718.856	652.943
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	689.353	570.052
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.092.313	804.796
	mehr als 5 Jahre	1.222.338	1.057.304
<b>Pos. 2ab)</b>	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen</b>		
	bis 3 Monate	238	804
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.759	3.664
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	175	-
	mehr als 5 Jahre	-	-
<b>Pos. 2bb)</b>	<b>Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
	bis 3 Monate	630.251	788.155
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	549.950	572.795
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	683.050	455.138
	mehr als 5 Jahre	1.639.220	1.514.760
<b>Pos. 3a)</b>	<b>Begebene Schuldverschreibungen</b>		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	680.407	708.878

## (8) LATENTE STEUERN

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz i. H. v. 32,975 % verwendet. Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	2017		2016	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	17.436		14.295	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1.131	-	1.649
Beteiligungen	392		75	
Anteile an verbundenen Unternehmen	-		-	
Sachanlagen	-		14	
Sonstige Vermögensgegenstände	1.424		1.238	
Sonstige Verbindlichkeiten	90		-	
Rückstellungen	3.467		3.134	
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-		-	
<b>Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)</b>	<b>21.678</b>		<b>17.107</b>	<b>-</b>

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die negativen Zinserträge aus dem Geldmarktgeschäft resultieren aus den über das Mindestreservesoll des Instituts hinausgehende Reserveguthaben bei der EZB. Die positiven Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft resultieren aus Termingeldanlagen sowie längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die negativen Zinserträge und die positiven Zinsaufwendungen werden als eigene Position in der GuV aufgeführt.

In der GuV-Position 10 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u. a. Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit mit TEUR 1.862 sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. TEUR 1.710 enthalten.

In der GuV-Position 13 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i. H. v. TEUR 1.667 sowie Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i. H. v. TEUR 2.477 enthalten.

Die GuV-Position 22 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art. 67 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 20.721 (Vorjahr: TEUR 3.256) auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und mit unverändert TEUR 114 (Vorjahr: TEUR 114) auf das außerordentliche Ergebnis. Der aktivierte Anspruch aus der Repatriierung des Verlustvortrags der in 2011 geschlossenen Niederlassung Luxemburg i. H. v. TEUR 17.282 wurde aufgrund der negativen Einspruchsentscheidung ausgebucht. Gegen diese Einspruchsentscheidung hat die SaarLB Klage beim zuständigen Finanzgericht eingereicht. Weitere Steuern vom Einkommen und vom Ertrag i. H. v. TEUR 426 entfallen auf Vorjahre.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht vorgenommen.

## Sonstige Angaben

### (9) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 11.872.831,16.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10 % den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen (GRL) zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2017 ergibt sich ein Zuführungsbetrag von EUR 1.187.283,12.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn von EUR 10.685.548,04

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

	EUR
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	1.495.048,04
Gewinnausschüttung auf das Stammkapital	9.190.500,00
	<b>10.685.548,04</b>

### (10) NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

### (11) ANGABEN ZU SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN, DIE NICHT IN DER BILANZ ENTHALTEN SIND

#### Mietverhältnisse

in TEUR	2017	2016
<b>Künftige Mindestzahlungen aus unkündbaren Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)</b>	<b>14.544</b>	<b>16.592</b>
bis 1 Jahr	2.268	2.190
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.155	7.610
mehr als 5 Jahre	5.121	6.792

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge zur Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung haben eine feste Laufzeit von 4 bzw. 5 Jahren; die Mietverträge für Immobilien haben eine unbestimmte Laufzeit, die Mietzahlungen für ein Jahr sind im Laufzeitband bis 1 Jahr enthalten. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	2017	2016
Nachschussverpflichtungen gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe	-	-
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.482	2.482
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.200	2.200
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	-	512
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	2.593	4.328

An das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (vormals Sicherungsreserve der Landesbanken) sind seit 2015 100% des festgestellten Jahresbeitrags zu zahlen. Eine Nachschussverpflichtung tritt daher nur im Haftungsfall ein.

Die Nachschussverpflichtung sowie die zusätzliche Mithaft für andere Gesellschafter ergeben sich aus dem GmbHG und dem HGB (Recht der Kommanditgesellschaft).

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen beruhen auf Satzung und Kapitalerhöhungsbeschlüssen.

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergibt sich aus dem Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds für das Beitragsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 (sog. Bankenabgabe). 15% des festgesetzten Jahresbeitrags können in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden.

## (12) SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Für die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i. H. v. TEUR 892.261 übertragen:

in TEUR	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	380.116	210.956
<b>Insgesamt</b>	<b>380.116</b>	<b>210.956</b>

Der Gesamtbetrag der Buchwerte der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt EUR 132 Mio. (Vorjahr: EUR 85 Mio.).



**(13) ANGABEN ZU NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERTEN DERIVATIVEN FINANZGESCHÄFTEN**

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u. a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2017.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

## Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	2017	2016	2017	2017
<b>Zinsrisiken</b>				
Zinsswaps	14.321.343	12.321.288	368.673	-285.913
Swaptions	70.000	60.000	-	-3.396
Caps, Floors	789.777	994.230	1.031	-1.015
Futures	1.763.147	1.230.950	4.872	-4.872
Optionen auf Futures	135.584	204.449	14	-14
<b>Zinsrisiken insgesamt</b>	<b>17.079.851</b>	<b>14.810.917</b>	<b>374.590</b>	<b>-295.210</b>
<b>Währungsrisiken</b>				
Devisentermingeschäfte	314.356	282.294	5.843	-9.025
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	6.962	129.470	23	-25
- Käufe	3.481	64.735	23	-
- Verkäufe	3.481	64.735	-	-25
Futures	10.069	10.606	104	-104
<b>Währungsrisiken insgesamt</b>	<b>331.387</b>	<b>422.370</b>	<b>5.970</b>	<b>-9.154</b>
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>				
Indexoptionen	243.884	72.286	1.829	-1.829
- Käufe	121.942	36.143	1.829	-
- Verkäufe	121.942	36.143	-	-1.829
Aktienoptionen	-	5.032	-	-
- Käufe	-	2.516	-	-
- Verkäufe	-	2.516	-	-
Futures	249.347	68.852	2.357	-2.357
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt</b>	<b>493.231</b>	<b>146.170</b>	<b>4.186</b>	<b>-4.186</b>
<b>Risiken aus Kreditderivaten</b>				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	-	30.000	-	-
<b>Risiken aus Kreditderivaten insgesamt</b>	<b>-</b>	<b>30.000</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>17.904.469</b>	<b>15.409.457</b>	<b>384.746</b>	<b>-308.550</b>

**Fristengliederung**

in TEUR	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
<b>Restlaufzeiten</b>								
bis 3 Monate	1.087.901	871.133	226.747	391.539	355.201	121.413	-	-
bis 1 Jahr	1.712.610	2.006.624	92.525	23.406	138.030	24.757	-	30.000
bis 5 Jahre	6.331.308	5.949.964	12.115	7.425	-	-	-	-
über 5 Jahre	7.948.032	5.983.196	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>17.079.851</b>	<b>14.810.917</b>	<b>331.387</b>	<b>422.370</b>	<b>493.231</b>	<b>146.170</b>	<b>-</b>	<b>30.000</b>

**Kontrahentengliederung**

in TEUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Banken in der OECD	14.726.315	12.743.414	280.412	353.244	-298.786	-404.959
Öffentliche Stellen in der OECD	353.944	396.029	17.847	22.718	-844	-1.282
Sonstige Kontrahenten <sup>1)</sup>	2.824.210	2.270.014	86.487	112.282	-8.920	-7.316
<b>Insgesamt</b>	<b>17.904.469</b>	<b>15.409.457</b>	<b>384.746</b>	<b>488.244</b>	<b>-308.550</b>	<b>-413.557</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.870 gezahlte und mit TEUR 7.748 erhaltene Optionsprämien.

**(14) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN**

in TEUR	31.12.2017	31.12.2016
<b>Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt</b>	<b>25.519</b>	<b>20.362</b>
Aktive latente Steuern	21.678	17.107
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	3.841	3.255

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

**(15) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN**

Im Jahresdurchschnitt 2017 waren bei der Bank 544 Mitarbeiter beschäftigt, davon 85 bei der Landesbausparkasse sowie 7 bei der SaarLB France.

## Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres

Jahresdurchschnitt	2017	2016
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>544</b>	<b>541</b>
darunter:		
Landesbausparkasse	85	89
davon männlich	36	38
davon weiblich	49	51
SaarLB France	7	8
davon männlich	6	7
davon weiblich	1	1
<b>Männlich</b>	<b>273</b>	<b>288</b>
<b>Weiblich</b>	<b>271</b>	<b>272</b>
<b>Vollzeitbeschäftigte</b>	<b>421</b>	<b>413</b>
<b>Teilzeitbeschäftigte</b>	<b>123</b>	<b>128</b>
<b>Auszubildende</b>	<b>17</b>	<b>19</b>

## (16) BEZÜGE DES VORSTANDES UND DES VERWALTUNGSRATES

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 2017 TEUR 2.002 (Vorjahr: TEUR 1.920), die des Verwaltungsrates TEUR 289 (Vorjahr: TEUR 288).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen zum 31. Dezember 2017 TEUR 20.559. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 18.704 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betragen TEUR 1.571.

## (17) HONORAR FÜR DEN ABSCHLUSSPRÜFER

in TEUR	2017	2016
Abschlussprüfungen	1.102	954
Andere Bestätigungsleistungen	44	25
Steuerberatungsleistungen	-	36
Sonstige Leistungen	1.202	543
<b>Insgesamt</b>	<b>2.348</b>	<b>1.558</b>

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen im Wesentlichen eine betriebswirtschaftliche Prüfung hinsichtlich der Eignung des bausparmathematischen Simulationsmodells gemäß § 8 Abs. 5 BSpKG.

Unter den sonstigen Leistungen sind im Wesentlichen Leistungen im Zusammenhang mit dem Projekt FinRep sowie im Zusammenhang mit der projektbegleitenden Prüfung im Rahmen der Einführung des neuen Kernbankensystems OSPlus-LBS aufgeführt.

**(18) DRITTEN GEGENÜBER ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN**

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

**(19) PENSIONS- UND WERTPAPIERLEIHEGESCHÄFTE**

Pensionsgeschäfte bestanden wie im Vorjahr zum Bilanzstichtag nicht. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden Wertpapiere i. H. v. TEUR 88.000 nominal (Vorjahr: TEUR 71.000) entliehen.

**(20) DECKUNGSRECHNUNG FÜR DAS HYPOTHEKEN- UND DAS KOMMUNALKREDITGESCHÄFT****Weitergeführter Altbestand nach § 51 PfandBG**

in TEUR	2017	2016
<b>Hypothekengeschäft</b>		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Hypothekendarlehen	-	-
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namenschuldverschreibungen	-	-
Deckungswerte	-	-
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	-	-
Forderungen an Kunden	-	-
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Kommunalkreditgeschäft</b>		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	68.956	77.956
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namenschuldverschreibungen	68.956	77.956
Deckungswerte	89.506	120.241
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
Forderungen an Kunden	86.506	117.241
<b>Deckungsüberhang</b>	<b>20.550</b>	<b>42.285</b>

## Neubestand

### Nominal- und Barwertdeckung

#### Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	404,00	391,50	407,96	398,25	365,84	379,80
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	745,12	584,77	780,22	620,64	712,51	574,30
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	84,43 %	49,37 %	91,25 %	55,84 %	94,76 %	51,21 %

#### Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress*	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	2.033,40	1.540,90	2.140,26	1.672,32	1.758,59	1.402,07
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	2.851,71	2.103,94	3.070,22	2.342,41	2.572,72	1.966,56
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Passiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
% Zinsderivate v. Aktiva	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Überdeckung in %	40,24 %	36,54 %	43,45 %	40,07 %	46,29 %	40,26 %

#### Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2017 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

\* Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

## Hypothekendarfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	2017	2016	2017	2016
bis zu 6 Monate	25,00	65,00	107,67	30,93
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	10,00	152,00	96,67	69,34
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	0,50	25,00	9,52	98,32
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	25,00	10,00	61,45	50,52
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	69,00	25,50	83,84	57,45
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	66,00	59,00	44,80	90,05
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	30,00	0,00	83,77	47,89
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	178,50	55,00	252,79	140,27
über 10 Jahre	0,00	0,00	4,59	0,00

## Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (in Mio. EUR)	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	2017	2016	2017	2016
bis zu 6 Monate	46,60	108,50	160,16	164,28
mehr als 6 Monate bis zu 12 Monaten	25,00	51,00	125,61	48,95
mehr als 12 Monate bis zu 18 Monaten	50,00	46,60	117,19	54,61
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	55,00	25,00	115,53	111,27
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	177,00	105,00	227,94	178,89
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	166,00	127,00	210,42	127,97
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	123,50	100,00	223,06	161,23
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	659,50	455,00	807,96	661,98
über 10 Jahre	730,80	522,80	863,84	594,76

## Aufschlüsselung Hypothekenregister

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2017	2016
bis zu 300 TEUR	1,32	0,92
mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	11,28	11,36
mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	342,72	280,53
mehr als 10 Mio. EUR	347,80	216,45

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR)	2017	2016
wohnwirtschaftlich	22,77	26,51
gewerblich	680,35	482,75

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) (§ 28 (2) Nr. 1b und 1c PfandBG) (in Mio. EUR) Staat	Stichtag	Eigentumswohnungen	Ein- und Zweifamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	Bauplätze	Summe
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2017	0,00	0,00	22,77	47,04	252,75	0,00	162,45	0,00	0,00	<b>485,00</b>
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2016	2,62	0,00	23,89	65,30	173,94	0,00	56,07	0,00	0,00	<b>321,83</b>
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2017	0,00	0,00	0,00	153,24	46,69	0,00	18,18	0,00	0,00	<b>218,11</b>
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2016	0,00	0,00	0,00	146,09	21,50	0,00	19,85	0,00	0,00	<b>187,44</b>
<b>Summe</b>	<b>31.12.2017</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>22,77</b>	<b>200,29</b>	<b>299,43</b>	<b>0,00</b>	<b>180,63</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>703,12</b>
<b>Summe</b>	<b>31.12.2016</b>	<b>2,62</b>	<b>0,00</b>	<b>23,89</b>	<b>211,39</b>	<b>195,44</b>	<b>0,00</b>	<b>75,92</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>509,27</b>

§ 28 (2) Nr. 2 PfandBG (in Mio. EUR)	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	2017	2016	2017	2016
keine	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (3) Nr. 1 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Größenklassen (in Mio. EUR)	2017	2016
bis zu 10 Mio. EUR	610,66	560,01
mehr als 10 Mio. EUR bis zu 100 Mio. EUR	1.705,79	1.027,09
mehr als 100 Mio. EUR	535,26	516,84

§ 28 (3) Nr. 2 PfandBG Gesamtbetrag der verwendeten Forderungen nach Staaten und Schuldnerklassen (in Mio. EUR)	Stichtag	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	darin enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung
		geschuldet von	gewährleistet von	geschuldet von	gewährleistet von	geschuldet von	gewährleistet von	geschuldet von	gewährleistet von		
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2017	10,00	0,00	68,29	193,26	1.648,19	116,46	3,66	0,00	<b>2.039,87</b>	0,00
Bundesrepublik Deutschland	31.12.2016	0,00	0,00	62,51	230,13	926,37	56,18	352,42	0,96	<b>1.628,56</b>	0,00
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2017	47,67	0,00	0,00	0,00	736,00	0,00	28,18	0,00	<b>811,84</b>	0,00
Frankreich inkl. Monaco	31.12.2016	18,73	0,00	0,00	0,00	441,71	0,00	14,94	0,00	<b>475,38</b>	0,00
<b>Summe</b>	<b>31.12.2017</b>	<b>57,67</b>	<b>0,00</b>	<b>68,29</b>	<b>193,26</b>	<b>2.384,19</b>	<b>116,46</b>	<b>31,84</b>	<b>0,00</b>	<b>2.851,71</b>	<b>0,00</b>
<b>Summe</b>	<b>31.12.2016</b>	<b>18,73</b>	<b>0,00</b>	<b>62,51</b>	<b>230,13</b>	<b>1.368,07</b>	<b>56,18</b>	<b>367,36</b>	<b>0,96</b>	<b>2.103,94</b>	<b>0,00</b>



§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

§ 28 (3) Nr. 3 PfandBG Gesamtbetrag dieser Forde- rungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt (in Mio. EUR)	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Verteilung der Deckungswerte Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (nominal)	2017		2016	
	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
<b>Gesamte Deckungsmasse</b>	<b>2.851,71</b>	<b>140,24 %</b>	<b>2.103,94</b>	<b>136,54 %</b>
davon Ordentliche Deckung nach § 20 (1) PfandBG	2.851,71	140,24 %	2.103,94	136,54 %
davon Sichernde Überdeckung nach § 4 (1) PfandBG	66,00	3,25 %	49,50	3,21 %
davon Weitere Deckung nach § 20 (2) PfandBG	0,00	0,00 %	0,00	0,00 %
davon Sichernde Überdeckung nach § 20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00 %	0,00	0,00 %

## Weitere Deckungswerte

## Hypothekendarlehen

§ 28 (1) Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetra- genen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 1 PfandBG		Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 2 PfandBG				Forderungen i. S. d. § 19 (1) Nr. 3 PfandBG		Summe	
	2017	2016	Gesamt		davon gedeckte Schuld- verschreibungen i. S. d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2017	2016	2017	2016
Bundesrepublik Deutschland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	42,00	75,50	42,00	75,50
<b>Summe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>42,00</b>	<b>75,50</b>	<b>42,00</b>	<b>75,50</b>

## Öffentliche Pfandbriefe

§ 28 (1) Nr. 4 und 5 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen Staat (in Mio. EUR)	Ausgleichsforderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 1 PfandBG		Forderungen i. S. d. § 20 (2) Nr. 2 PfandBG				Summe	
	2017	2016	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschrei- bungen i. S. d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013		2017	2016
keine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe

### Hypothekendarpfandbriefe

<b>§ 28 (1) Nr. 8 PfandBG</b> Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten (in Mio. EUR)	<b>2017</b>	<b>2016</b>
§19 (1) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00
§19 (1) Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00

<b>§ 28 (1) Nr. 9 PfandBG</b> Kennzahlen	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	72,04 %	71,32 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	73,95 %

<b>§ 28 (1) Nr. 10</b> PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung) Fremdwahrung	Zinsstress-Barwert der Deckungs- massen		Zinsstress-Barwert des Pfandbrief- umlaufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwahrung		Nettobarwert in EUR	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Mio. EUR	712,51	574,30	365,84	379,80	1,00	1,00	346,66	0,00	346,66	0,00

<b>Weitere Kennzahlen</b>	<b>2017</b>	<b>2016</b>
§ 28 (1) Nr. 7 PfandBG – Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 (1) PfandBG berschreiten	Mio. EUR	0,00
§ 28 (1) Nr. 11 PfandBG – volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	Jahre	4,50
§ 28 (2) Nr. 3 PfandBG – durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	%	53,89 %
Ordentliche Deckung (nominal)	Mio. EUR	703,12
Anteil am Gesamtumlauf	%	174,04 %

### ffentliche Pfandbriefe

<b>§ 28 (1) Nr. 8 PfandBG</b> Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen berschreiten (in Mio. EUR)	<b>2017</b>	<b>2016</b>
§20 (2) Nr. 2 PfandBG	0,00	0,00

<b>§ 28 (1) Nr. 9 PfandBG</b> Kennzahlen	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	73,44 %	74,76 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	94,59 %	89,62 %

§ 28 (1) Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung) Fremdwährung	Zinsstress-Barwert der Deckungsmas- sen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefum- laufs		Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Mio. EUR	2.572,72	1.966,56	1.758,59	1.402,07	1,00	1,00	814,13	0,00	814,13	0,00

### Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

### Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

### Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypotheken	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2017	2016	2017	2016
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	-

## (21) ANTEILSBESITZ

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß §285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2017 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken*	25	100,00	34	(2016)
2.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken*	300	100,00	50	(2016)
3.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin	18	50,00	./ 0,2	(2016)
4.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin	./ 6.715	47,01	295	(2016)
5.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	6.422	38,00	305	(2016)
6.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.475	33,33	35	(2016)
7.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	6.335	30,44	./ 68	(2016)
8.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	8.331	28,57	319	(2016)
9.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	15.032	21,33	1.048	(2016)
10.	Deutsche Crowdinvest GmbH, Saarbrücken	600	20,00	-	Gründung 2017
11.	Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	64.680	19,34	866	(2016)
12.	Artelis S. A., Luxemburg	39.074	10,00	2.663	(2016)
13.	S-Partner Kapital AG, München	9.181	9,31	./ 29	(2016)
14.	Bayern Mezzaninekapital GmbH & Co. KG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, München	31.864	8,33	2.358	(2016)

\* Beteiligung der LBS

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5%:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1 und 2 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftender Gesellschafter:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

**(22) VERWALTUNGSORGANE DER SAARLB****Verwaltungsrat****Jan-Christian Dreesen**

Stellvertretender Vorsitzender  
des Vorstandes,  
FC Bayern München AG,  
München  
Vorsitzender

**Cornelia Hoffmann-  
Bethscheider**

Präsidentin,  
Sparkassenverband Saar,  
Saarbrücken  
Stellvertretende Vorsitzende

**Stefan Crohn**

Ministerium der Finanzen des  
Landes Rheinland-Pfalz,  
Mainz  
(seit 26.01.2017)

**Thomas Klein**

Bankangestellter,  
Landesbank Saar,  
Saarbrücken

**Klaus Meiser**

Mitglied des Landtages,  
Saarbrücken

**Fred Metzken**

Sprecher des Vorstandes,  
AG der Dillinger Hüttenwerke und  
Saarstahl AG,  
Dillingen

**Anke Rehlinger**

Ministerin,  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,  
Energie und Verkehr,  
Saarbrücken

**Thomas Roß**

Bankangestellter,  
Landesbank Saar,  
Saarbrücken

**Daniela Schlegel-Friedrich**

Landrätin,  
Landkreis Merzig-Wadern,  
Merzig

**Ralph Singer**

Bankangestellter,  
Landesbank Saar,  
Saarbrücken

**Stephan Toscani**

Präsident,  
Landtag des Saarlandes,  
Saarbrücken  
(bis 28.02.2018)

**Luzia Welter**

Bankangestellte,  
Landesbank Saar,  
Saarbrücken

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

**Dominik Becker**

Regierungsobererrat,  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,  
Energie und Verkehr,  
Saarbrücken

**Vorstand**

bis 31.12.2017

**Werner Severin**

Vorsitzender des Vorstandes

**Gunar Feth**

Stellvertretender Vorsitzender des  
Vorstandes

**Frank Eloy**

Mitglied des Vorstandes

**Dr. Matthias Böcker**

Mitglied des Vorstandes

**Vorstand**

ab 01.01.2018

**Dr. Thomas Bretzger**

Vorsitzender des Vorstandes

**Gunar Feth**

Stellvertretender Vorsitzender  
des Vorstandes

**Frank Eloy**

Mitglied des Vorstandes

**Dr. Matthias Böcker**

Mitglied des Vorstandes

**(23) BEZIEHUNGEN ZU NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN**

Unternehmen und Personen gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2017:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene),
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- die Wertpapier- und Immobilienspezialfonds (vgl. (5) Aktiva Investmentfonds),
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahe Familienangehörige.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

<b>in TEUR</b>	<b>2017</b>	<b>2016</b>
<b>Forderungen</b>	<b>789</b>	<b>1.314</b>
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	21	23
Personen in Schlüsselpositionen	45	718
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	723	573
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>617</b>	<b>682</b>
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	207	87
Personen in Schlüsselpositionen	102	162
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	308	433

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i. H. v. TEUR 148 (Vorjahr: TEUR 123) erhalten.

#### **(24) MANDATE VON VORSTANDSMITGLIEDERN UND MITARBEITERN IN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN**

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschließlich aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

##### **Frank Eloy**

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken  
mediserv Bank GmbH, Saarbrücken



## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 19. März 2018

Landesbank Saar

Der Vorstand

Dr. Thomas Bretzger

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

# Anlage zum Jahresabschluss

## Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centres d’Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
Geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz <sup>1)</sup>	302.128	300.923	4.114	4.290
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	487,7	492,9	7,0	6,8
Gewinn vor Steuern <sup>1)</sup>	50.077	13.455	387	415
Steuern auf Gewinn <sup>1)</sup>	38.405	3.203	138	163
Erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

<sup>1)</sup> in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Saar, Saarbrücken

## VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Saar, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Eigenkapitalspiegel und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Saar, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Landesbank Saar zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Saar. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach § 289b Abs. 3 HGB.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses**

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1** Werthaltigkeit der Kundenforderungen aus Finanzierungen aus dem Geschäftsfeld Immobilien Frankreich
- 2** Wechsel des Kernbankensystems bei der LBS Landesbausparkasse Saar

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- 1** Sachverhalt und Problemstellung
- 2** Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- 3** Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

#### **1 Werthaltigkeit der Kundenforderungen aus Finanzierungen aus dem Geschäftsfeld Immobilien Frankreich**

- 1** Im Jahresabschluss der Landesbank Saar werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Forderungen ausgewiesen, die die Finanzierungen aus dem Geschäftsfeld Immobilien Frankreich (Immobilienfinanzierungen in Frankreich) betreffen. Aufgrund des in den Vorjahren zum Teil schwierigen Marktumfelds in Frankreich stellen diese Finanzierungen den Haupttreiber für die Entwicklung der bilanziellen Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen dar. Die Bemessung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus diesen Finanzierungen wird bestimmt durch die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Bonität der Kreditnehmer und des Wertes gestellter Sicherheiten. Die Sicherheiten bestehen bei den von der Landesbank Saar ausgereichten Immobilienfinanzierungen in Frankreich regelmäßig aus Grundpfandrechten und grundpfandrechtsähnlichen Rechten auf den finanzierten Immobilien. Die Höhe der Einzelwertberichtigung für einen Kredit entspricht der Differenz zwischen dem noch ausstehenden Kreditbetrag und dem niedrigeren Wert, der ihm am Abschlussstichtag beizulegen ist. Bestehende Sicherheiten werden berücksichtigt. Die Einzelwertberichtigungen auf Immobilienfinanzierungen in Frankreich sind zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Landesbank Saar von hoher Bedeutung und zum anderen mit Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Einzelwertberichtigungen. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- 2** Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem der Landesbank Saar beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsverfahren berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Kundenforderungen aus den Immobilienfinanzierungen in Frankreich, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die der Landesbank Saar vorliegenden Unterlagen bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer sowie bezüglich der Werthaltigkeit der Sicherheiten gewürdigt. Ferner haben wir zur Beurteilung der gebildeten Einzelwertberichtigungen die von der Landesbank Saar angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen im Rahmen ihrer Überprüfung der Werthaltigkeit der Kundenforderungen aus den Immobilienfinanzierungen in Frankreich sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der diesbezüglich implementierten Prozesse überzeugen.
- 3** Die Angaben der Landesbank Saar zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen im Kreditgeschäft, die auch für die Forderungen aus Immobilienfinanzierungen in Frankreich gelten, sind in der Anhangangabe in Abschnitt (3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

## **2 Wechsel des Kernbankensystems bei der LBS Landesbausparkasse Saar**

- 1** Die LBS Landesbausparkasse Saar (LBS Saar), Saarbrücken, ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesbank Saar. Das ihr zugeordnete Vermögen und die ihr zugeordneten Schulden sowie die daraus resultierenden Aufwendungen und Erträge sind integraler Bestandteil des Jahresabschlusses der Landesbank Saar. Die Geschäftstätigkeit der Bausparkasse spiegelt sich im Jahresabschluss der Landesbank Saar insbesondere in den Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“, in den Zinserträgen und -aufwendungen sowie den Provisionserträgen und -aufwendungen wider.

Die LBS Saar hat seit 2014 gemeinsam mit weiteren Landesbausparkassen das Kernbankensystem OSPlus-LBS durch die Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main, entwickeln lassen. Die Ablösung der bislang von der LBS Saar eingesetzten Software LBS Online erfolgte mit der Produktivsetzung von OSPlus-LBS am 17. September 2017. OSPlus-LBS wird von der Bausparkasse u. a. für die Bearbeitung und Verwaltung von Bausparverträgen und Baudarlehen, die Führung von daraus resultierenden Personenkonten sowie die Sicherheitenverwaltung und den Zahlungsverkehr eingesetzt. Ergänzend sind unverändert das Hauptbuchhaltungssystem SAP FI und weitere Sub- und Randsysteme für spezifische Funktionen und Abläufe der Bausparkasse im Einsatz, die an das neue Kernbankensystem angebunden worden sind.

Bei OSPlus-LBS handelt es sich um ein komplexes IT-System, das für die Rechnungslegung bzw. für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung von erheblicher Bedeutung ist. Dem unterjährig erfolgten Softwarewechsel sind Fehlerrisiken inhärent, die

zu wesentlichen falschen Angaben in der Rechnungslegung führen können und die Einrichtung eines wirksamen IT-Kontrollsystems bedingen. Aufgrund dieser Fehlerrisiken war unter Berücksichtigung des Umfangs des Vermögens, der Schulden, der Aufwendungen und der Erträge, die aus dem Betrieb der Bausparkasse resultieren, die Überführung von OSPlus-LBS in den Regelbetrieb von besonderer Bedeutung für den Jahresabschluss der Landesbank Saar und die Durchführung unserer Prüfung.

- 2** Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses haben wir die Ergebnisse unserer von Oktober 2016 bis Dezember 2017 durchgeführten projektbegleitenden Prüfung zur Einführung von OSPlus-LBS verwertet. Die projektbegleitende Prüfung umfasste eine prüferische Durchsicht ausgewählter Fach- und DV-Konzepte. Auf Grundlage der relevanten Konzepte und einer stichprobenhaften Durchsicht und Bewertung von Testfällen haben wir die Angemessenheit des Testvorgehens und der Testdurchführung sowie der Validierung der Schnittstellenanbindungen an die bestehenden Systeme gewürdigt. Die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung zur Produktivsetzung haben wir unter Berücksichtigung der im Vorfeld durch die LBS Saar durchgeführten Validierungstests, ihres Vorgehens zur Migration der Daten und der dokumentierten Migrationsergebnisse beurteilt. Ergänzend haben wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses anhand von Aufbau- und Funktionsprüfungen sowie aussagebezogenen Prüfungshandlungen eine Beurteilung der angemessenen und wirksamen Einbindung von OSPlus-LBS in bestehende produktive IT-Prozesse, wie insbesondere das Change-Management, das Berechtigungsmanagement, die Notfallplanung sowie die Datensicherungsverfahren, vorgenommen. Auf Grundlage der Ergebnisse dargestellter Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der ordnungsmäßigen Einführung von OSPlus-LBS überzeugen.
- 3** Zur Darstellung des Wechsels des Kernbankensystems bei der LBS Saar verweisen wir auf die Angaben im Abschnitt „Geschäftsverlauf – Wechsel des Kernbankensystems bei der LBS“ des Lageberichts.

### **Sonstige Informationen**

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB. Die sonstigen Informationen umfassen zudem die von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangten übrigen Teile des Finanzberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks. Der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB und der Bericht des Verwaltungsrats wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Landesbank Saar zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Saar vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Landesbank Saar zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Saar vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich

angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Landesbank Saar abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Landesbank Saar zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Landesbank Saar ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Landesbank Saar.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter



Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

## **SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**

### **Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir wurden vom Verwaltungsrat am 15. September 2016 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 25. Juli 2017 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1941 als Abschlussprüfer der Landesbank Saar, Saarbrücken, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

## **VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER**

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Jürgen Breisch.

Saarbrücken, den 19. März 2018

**PricewaterhouseCoopers GmbH**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Jürgen Breisch  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Thomas Apitzsch  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat auch im Jahr 2017 regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Die Geschäftspolitik der Landesbank Saar und grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung wurden zwischen Verwaltungsrat und Vorstand intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat – soweit erforderlich – seine Zustimmung erteilt.

Darüber hinaus stand der Vorsitzende des Verwaltungsrates in regelmäßigem und intensivem Austausch mit dem Vorstand der SaarLB.

Im Berichtsjahr fand sich der Verwaltungsrat zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen. An den Sitzungen hat auch die Staatsaufsicht und teilweise die Bankenaufsicht teilgenommen.

In allen ordentlichen Sitzungen hat sich der Verwaltungsrat mit dem Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020 befasst. Ein weiterer Themenschwerpunkt war die IT-Sonderprüfung nach § 44 KWG. In allen ordentlichen Sitzungen hat der Vorstand zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bank und der Landesbausparkasse informiert. Hierunter fallen auch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen, die Risikosituation und die Kapitalquoten. Darüber hinaus haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen informiert.

Nachfragen des Verwaltungsrates hat der Vorstand unverzüglich und zur Zufriedenheit des Verwaltungsrates beantwortet.

Turnusgemäß hat sich der Verwaltungsrat in seiner Februar-Sitzung mit dem vorläufigen Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 der Bank und der Landesbausparkasse befasst. Unter anderem berichtete der Vorstand über das Ergebnis der Prüfung des DSGVO gemäß § 35 Einlagensicherungsgesetz.

Im Rahmen der April-Sitzung berichteten Vorstand und Jahresabschlussprüfer umfassend zum Geschäftsjahr 2016. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellte der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank und der Landesbausparkasse fest.

Im Juni fanden zwei Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Schwerpunktthemen waren die Vorstellung des designierten Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Dr. Thomas Bretzger, und das Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020.

In der September-Sitzung befasste sich der Verwaltungsrat u. a. mit dem Halbjahresabschluss der Bank und schlug der Hauptversammlung vor, für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2017 der Bank und der Landesbausparkasse erneut PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu bestellen, was diese im Anschluss beschloss.

Darüber hinaus befasste sich der Verwaltungsrat mit dem Auswahlprozess für den Abschlussprüfer ab 2019, da die Abschlussprüfung der Bank und der Landesbausparkasse ab dem Prüfungsjahr 2019 neu ausgeschrieben wird.

Im Berichtsjahr fanden vier Sitzungen des Risikoausschusses statt. Der Risikoausschuss befasst sich mit allen wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit der Risikostrategie und Risikosituation von Bank und Landesbausparkasse. Der Vorstand hat regelmäßig mit dem Risikoausschuss die MaRisk-Risikoberichte von Bank und Landesbausparkasse erörtert. Darüber hinaus

beschloss der Risikoausschuss die zustimmungsbedürftigen Einzelkredite. Der Risikoausschuss überwachte die Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank. Darüber hinaus überprüfte er, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der SaarLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen.

Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum zweimal und behandelte insbesondere Fragen der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses. Er überwachte die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss erörterte mit dem Vorstand die Berichte der Internen Revision, den Bericht zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen, den Bericht zur Compliance-Funktion gemäß WpHG, den Bericht zur MaRisk-Compliance-Funktion, den Bericht der betrieblichen Datenschutzbeauftragten und den Bericht über das Informationssicherheitsmanagement.

Themenschwerpunkt der drei Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses war die Einführung des neuen Vergütungssystems für Mitarbeiter, das am 01.01.2018 in Kraft getreten ist.

Experten aus dem Bereich Regulatorik und Aufsichtsrecht schulten die Mitglieder des Verwaltungsrates im Jahr 2017 in zwei Weiterbildungsveranstaltungen. Themenschwerpunkte waren aktuelle Entwicklungen in der Bankenregulierung.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 20. April 2018 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2017 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2017 wurden durch den Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 am 20. April 2018 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Im Namen der Mitglieder des Verwaltungsrates danke ich den Kunden und Geschäftspartnern der SaarLB und der Landesbausparkasse für das entgegengebrachte Vertrauen. Darüber hinaus dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SaarLB und der Landesbausparkasse für die im Geschäftsjahr 2017 geleistete Arbeit und ihren großen persönlichen Einsatz.

Saarbrücken, den 20. April 2018

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates  
Jan-Christian Dreesen

# Gewinnverwendungsbeschluss

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von EUR 10.685.548,04 wird in Höhe von EUR 1.495.048,04 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.190.500,00 ausgeschüttet.

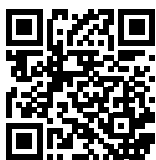
# Abkürzungsverzeichnis

BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CIR	Cost Income Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
i. H. v.	in Höhe von
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
KWG	Kreditwesengesetz
LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
ROE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
SolvV	Solvabilitätsverordnung
u. a.	unter anderem
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date



## **Impressum**

Herausgeber	Landesbank Saar Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
Redaktion	Kommunikation und Vorstandsstab E-Mail: <a href="mailto:service@saarlb.de">service@saarlb.de</a>
Gestaltung	FBO GmbH ▪ Marketing und Digitales Business Heinrich-Barth-Straße 27 66115 Saarbrücken
Fotos	Wolfgang Staudt, iStock
Druck	Kern GmbH In der Kolling 7 66450 Bexbach



Der SaarLB-Finanzbericht 2017 online  
[www.saarlb.de/geschaeftsbericht2017](http://www.saarlb.de/geschaeftsbericht2017)

# Saar<sup>LB</sup>

## Landesbank Saar, Saarbrücken

ADRESSE	Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
POSTFACHADRESSE	66104 Saarbrücken
FON	+49 681 383-01
FAX	+49 681 383-1200
INTERNET	<a href="http://www.saarlb.de">www.saarlb.de</a>
E-MAIL	<a href="mailto:service@saarlb.de">service@saarlb.de</a>
BIC/SWIFT	SALADE55
BANKLEITZAHL	590 500 00

## Landesbank Saar, Vertriebsbüro Mannheim

ADRESSE	Willy-Brandt-Platz 5 - 7 68161 Mannheim
FON	+49 621 124769-10
E-MAIL	<a href="mailto:service@saarlb.de">service@saarlb.de</a>

## SaarLB France, Niederlassung der Landesbank Saar

ADRESSE	Résidence Le Premium 17 - 19, rue du Fossé des Treize 67000 Strasbourg Frankreich
FON	+33 3 88 37 58 70
FAX	+33 3 88 36 93 78
E-MAIL	<a href="mailto:service@saarlb.fr">service@saarlb.fr</a>

## SaarLB France, Centre d'affaires Financement Immobilier

ADRESSE	203, rue du Faubourg Saint-Honoré 75008 Paris Frankreich
FON	+33 1 45 63 63 52
FAX	+33 1 45 63 71 22
E-MAIL	<a href="mailto:service@saarlb.fr">service@saarlb.fr</a>

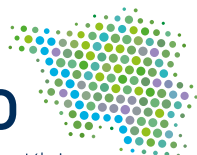


## LBS Landesbausparkasse Saar

ADRESSE	Beethovenstraße 35 - 39 66111 Saarbrücken
POSTFACHADRESSE	Postfach 10 19 62 66019 Saarbrücken
FON	+49 681 383-290
FAX	+49 681 383-2100
INTERNET	<a href="http://www.lbs-saar.de">www.lbs-saar.de</a>
E-MAIL	<a href="mailto:service@lbs-saar.de">service@lbs-saar.de</a>

## SAARLAND

Großes entsteht immer im Kleinen.



Être proche  
POUR VOIR PLUS LOIN

